

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Telefon: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 46

Berlin, den 16. November 1929

4. Jahrgang

Gemeindewahlen in einigen Ländern.

Wiederum hat die Arbeiterschaft in einigen Ländern jüngste Gelegenheit, bei den bevorstehenden Gemeindewahlen ihren Einfluss geltend zu machen. Wohl ist es ein öffentliches Geheimnis, daß die politischen Wahlen zum Reichs- oder Landtag größere Massen an die Wahlurne heranbringen, doch ist in den letzten Jahren, besonders nach dem Kriege, das Interesse der Arbeiterschaft an ihren Gemeinden größer geworden.

Vor dem Weltkrieg war bekanntlich ein anderes Wahlrecht maßgebend, so daß sich ein Unternehmer fast soviel politischen Einfluß in der Gemeinde verschaffen konnte wie seine gesamte Arbeiterschaft. Das ist anders geworden. Heute haben wir das freie Wahlrecht, und deshalb wird das Interesse der organisierten Arbeiterschaft an den Gemeindewahlen am 17. November bedeutend größer sein. Gilt es doch, die Gemeinden, die Zellen des Staates, leistungsfähig zu erhalten. Aus- und Aufbau muß der Leitgedanke sein! Allerdings sind die Zeithverhältnisse in dieser wichtigen Frage sehr hemmend, denn fast alle Gemeinden leiden wie Reich und Staat von Geldmangel, so daß leider sehr viele Reformen zurückgestellt werden müssen.

Im Vordergrund der Pflichtausgaben der Gemeinden steht heute wohl die

Wohlfahrtspflege,

die sich in der Nachkriegszeit immer mehr zum Sorgenkind der öffentlichen Verwaltungen ausgewachsen hat. Dertlich wirken sich bekanntlich alle Reichs- und Landesgesetze aus. Die Gemeinden haben für ihre Durchführung zu sorgen, werden immer mehr belastet, ohne daß ein vernünftiger Finanzausgleich bis jetzt geschaffen worden ist. So hat man die Kleinrentner-, Sozialrentner- und Kriegsrentnerfürsorge auch noch den Gemeinden übertragen und ihnen hierdurch Verantwortung und Lasten aufgeburdet, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu garantieren. Dabei sind die Steuerverhältnisse der Gemeinden ganz andere geworden, so daß wir hier und da von einem "Bankrott" einzelner Gemeinden in der Öffentlichkeit hören.

Auf Kosten der Gemeinden werden heute neue Gesetze geschaffen. Man denkt nur an die Kämpfe um die Reform der Arbeitslosenversicherung. Jede Einschränkung der Leistungen der Reichsarbeitsanstalt für Arbeitslosenversicherung vermehrte die Zahl der Arbeitslosen und damit die Lasten der Gemeinden. Allwöchentlich werden Hunderte von Arbeitslosen aus der Versicherung ausgesteuert, die dann der kommunalen Wohlfahrtspflege automatisch zur Last fallen. Bei aller Kritik der Arbeitslosenversicherung überblickt man immer die Hauptfächer: die Dauer der Arbeitslosigkeit. Während früher die Gemeinden ohne Arbeitslosenfürsorge auskamen, sind heute die Ausgaben für die Arbeitslosen die größten Sorgen jedes Gemeinderäthers.

Ein weiteres Schmerzenkind der Gemeinden ist die

Wohnungsnot,

die trotz aller Anstrengungen noch nicht behoben werden konnte. Wohnungsnot und Wohnungselend an allen Ecken, die sich zu einer Kulturschande entwickelt haben. Dabei hat man den Haushaltern allerlei Konzeptionen gemacht und eine Lockernag der Wohnungszwangswirtschaft in jeder Form begünstigt. Der Wohnungsschuh steht fast nur noch auf dem Papier, so daß praktisch heute Erwerbslose, kinderreiche Familien kaum noch von privaten Haushaltern aufgenommen werden. Deshalb muß die Gemeinde doppelt eingreifen und sich auch um die Exmittierten kümmern, wenn man die Familie nicht zugrunde gehen lassen will. In manchen Gegenden hatte man seither den Privatspekulantenten Grund und Boden überlassen, so daß die Arbeiterschaft heute mit teuren Mieten diese Bodenpolitik bezahlt muss. Viele Gemeinden haben sich seither, trotzdem sie finanziell dazu in der Lage waren, nur mit den Pflichtausgaben begnügt. Man gab ungenügende Armenunterstützung und glaubte damit seine Pflicht erfüllt zu haben.

Die organisierte Arbeiterschaft wird nun ein erneutes Wort in den großen Fragen zu reden haben. Es gilt, weitblickende Fürsorge zu treiben, da bekanntlich Krankheiten zu verbieten zweckmäßiger ist als Krankheiten heilen zu wollen. Wer eine gesunde Jugend, die Zukunft einer Gemeinde sicher will, kann diese Frage nicht der Familie allein überlassen. Auch im kleinsten Ort kann und muß

Sänglingsfürsorge

gerieben werden. Kindergarten, Kinderhort, Schulspiele, usw., ... notwendig. Praktische Schulfürsorge treiben leider noch sehr wenige Gemeinden.

Die herauswachsende Jugend verlangt volle Ausmerksamkeit; deshalb Sportplätze, Jugendheime, Waldschulen, Waldesbildungsstätten als praktische Ergänzung unseres Schulweises überhaupt. Alle geistigen Kräfte in der Arbeiterschaft sind zur Entwicklung zu bringen. Wissen ist Macht und nicht ein Vorrecht der Besitzenden.

Gelingt es der organisierten Arbeiterschaft, am 17. November in Preußen und an den späteren Wähltagen in anderen Ländern eine größere Stimmenzahl zu erreichen, so kann dadurch die Gemeindewaltung wesentlich beeinflußt werden. Der Ausschlag der Wahlen entscheidet deshalb nicht allein die künftige Zusammensetzung des Gemeinderates, sondern bestimmt auch die ganze Ortspolitik, die Wahl von Stadträten, Bürgermeistern usw. — Mit den Gemeindewahlen werden in Preußen bekanntlich auch

die Wahlen zum Kreistag, zu den Provinziallandtagen vorgenommen. Wie wichtig sind diese Wahlen! Gerade in ländlichen Bezirken ist die Zusammensetzung des Kreistages, der bekanntlich den Kreisausschuß zu wählen hat, von größter Bedeutung. Alle Wohlfahrtsausgaben werden vom Kreistag oder vom Kreisausschuß bestimmt.

Jede Gemeinde hat nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht, die

Volksschulen zu verbessern,

wenn auch die Schulspalte Staatsache ist. Gemeinsamer Unterricht für beide Geschlechter ist aus erzieherischen Gründen durchzuführen. Die Klassenzahl muss herabgesetzt werden, um den Erfolg der Arbeit des Lehrers zu steigern. Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel ist überall durchzuführen. Die Schule selbst ist in praktischen Räumen unterzubringen. Der Schulrat darf in keiner Schule fehlen, ebenso wenig wie die Schulzahnspalte. Hand in Hand damit geht die Ferienverschickung und Erholungsfürsorge für frische Kinder. Hier müssen durch praktische Zusammenarbeit auch die Landesversicherungsanstalten den armen Gemeinden mehr zur Seite stehen, denn die Versicherungsanstalten haben ein wesentliches Interesse daran, ihre zukünftigen Mitglieder gesund zu erhalten, um später Riesensummen an Renten sparen zu können. Die Berufsschule muß künftig in allen Gemeinden gefördert werden.

Zu den Kulturaufgaben gehört nicht allein die Theaterfrage, sondern auch die Pflege wahrer Volksbildung, Arbeit, Errichtung und Ausbau der Volksbüchereien,

Schaffung von Volkshäusern;

Turmhallen, Badeanstalten, Sportplätze und Jugendheime fehlen noch in vielen Gemeinden. In man-

chen Krankenhäusern mangelt es an vorbildlichen Entbindungsheimen. Mütterschulen, Sänglingsfürsorgestellen, Sänglingsheime sind unbedingt zu fordern.

Die Wohlfahrtsunterstützung darf nicht als Ultimat gelten, denn Armut ist keine Schande. Dies sehen auch heute Unterstützte ein, die einst bessere Tage gehabt haben.

Den schwersten Kampf werden wohl die Gewerkschafter auf dem flachen Lande zu führen haben, da sich dort gewöhnlich Geiz mit Dummlheit paart. Viele Alte halten die Jugendfürsorge für unzweckmäßig. Die Sorge für die Alten muß Pflichtausgabe, und vorbildliche Altersheime, an denen es in Stadt und Land noch sehr mangelt, müssen errichtet werden, da die Alten ein Unrecht daraus haben, ihren Lebensabend in gemütlichen Heimen oder Wohnungen zu verbringen. Zum Schadensleid vieler Gemeinden sind heute die alten Herbergen geworden, so daß die Obdachlosenfürsorge im Vordergrund steht. In den Städten hat die Verkehrsfrage eine doppelte Bedeutung gewonnen. Da viele Arbeiter heute nicht mehr wie früher in nächster Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen, müssen sie Unsummen von Fahrgeld ausgeben. Städtehygiene, die mit der Entfernung des Schichts anfängt, liegt heute noch sehr im armen. Das Verstattungswesen ist in vielen Gemeinden rückständig geblieben und fordert zum Ausbau auf.

Niedergroß sind deshalb bei der heutigen finanziert die Anträge der Gemeindewerke. Wenn auch Staats- und Reichsgesetze die Kommunalpolitik noch einengen, so ist örtlich viel zu tun. Deshalb darf an den Wähltagen kein organisierter Arbeiter den Gemeindewahlen fernbleiben, sondern er muß mit aller Macht für die Verbesserung der Verhältnisse seiner Wohngemeinde eintreten.

Und Pflicht ist es, sozialdemokratisch zu wählen!

Bürgermeister Gräf, Frankfurt a. M.

Gewerkschaftsspalter am Werk.

Der Kommunistischen Partei genügen die für die gesamte Arbeiterschaft so nachteiligen und traurigen Folgen des politischen Bruderkampfes noch nicht, auch die bedauerlichen Auswirkungen ihrer Spaltungspolitik in den sonstigen Organisationen der Arbeiterschaft befriedigen sie noch nicht. Die noch vorhandenen ehemaligen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft müssen auch gar zerschlagen werden, das Trümmerfeld ist den bermüthigen Spalttern eben noch nicht groß genug. Gegenwärtig wird wieder einmal das stärkste Volkwerk im Kampf mit dem Unternehmertum, die freien Gewerkschaften, bekannt. Wohl steht dieses Organisationsgebilde schon jahrelang unter dem Trommelschlag der Kommunistischen Partei, ihren Zeitungen und Führer-Garnituren, aber es gelang trotz aller Tätsachen, wie: Heraus aus den Gewerkschaften! Hinein in die Gewerkschaften! Baut Zellen! Kampf den Bonzen!, nicht, Brechte zu schlagen. Nun wird ein Versuch mit anderen Mitteln unternommen, nämlich die Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften.

Zu diesem Zweck wurden die entsprechenden Vorarbeiten geleistet. Wilde Streiks zettelten die Drohtächer an, der Ausgang war stets, trotz Sammlungen, Suppenküchen und Lebensmittelpaketen eine schwere Niederlage nach der anderen, bei denen Hunderte von Opfern ohne jeden Rückhalt auf der Strecke blieben. Die Niederlagen waren stets vorauszusehen, das kümmernte die im Trotzen schinden Anzeller jedoch nicht das geringste, sie brauchten ja Opfermassen und brachten sie auch zu Stande. Mit voller Absicht legten sie ihnen folgende Metallarbeiter, Textilarbeiter und die Rohrleger in Berlin ins Glend und geduldig ließen sich auch Hunderte unüberlegter, mit Phrasen berauschter Menschen, auf die Schlachtkarte führen und sogar zum Kampf gegen die freien Gewerkschaften missbrauchen. Den Vorteil hatten stets die Unternehmer.

Die auf diese Weise mit opferreichen und verlorenen Kämpfen eingeleitete Gründung von kommunistischen Gewerkschaften soll auf einem Kongress am 30. November und 1. Dezember vorgenommen werden. Der Zeitpunkt rückt also immer näher, und die Warnung der Verbände, daß freierwerkschaftliche Gewerkschaftsmitglieder auf dem Kongress nichts zu suchen haben, muß wiederholt werden; denn es kann nicht angehen, daß freie Gewerkschafter ein gegen sich gerichtetes Unternehmen unterstützen oder fördern.

Die Differenzialität erlebt mit diesem Kongress wieder mit einem der tiefrückigen Schaupielen von der Uneinigkeit der Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Beziehung im Gegenjahr zur wirtschaftlichen Einheit des Unternehmertums. Daß dieses durch eine Zersplitterung und Zerschlagung der Gewerkschaftsmacht nur gewinnt, daß der Kapitalismus an dem Vermüllungskampf der Arbeiterschaft nur profitiert, daß damit der Indifferenzmus neuen Zulauf und die gelben Organisationen neue Antriebskraft bekommen, das alles lädt diese same Komunistische Partei, die eine Arbeiterpartei sein will, lädt ihr blinder Hass und krankhafter Wahn im Kampf gegen die Gewerkschaften raubt ihr jede Überlegung und Vernunft und treibt sie auf den Weg des Verbrechens am Proletariat. Was mühsam in Jahrzehnten vom Heitze sammelnden Unterlasser, vom freizeit-

und geldopfernden Funktionär aus dem Betrieb und den gehobten und verleumdeten Angestellten der Gewerkschaften aufgebaut und zu achtung gebietenden Organisationen gestaltet wurde, soll eben gesprengt und zerschlagen werden, so wird es der Kommunistischen Partei aus Moskau empfohlen und so handelt sie. Wir hoffen, daß der überwiegende Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder dieser Parole nicht folgt ungewerkschaftstreu bleibt; denn sie erfahren es ja am eigenen Leibe, was es bedeutet, wenn nicht starke Gewerkschaften die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln.

Kommunistische Gewerkschaftsmitglieder können und dürfen nicht die Stellung der Leute einnehmen, die in der Kommunistischen Internationale schreiben:

Man stellt uns (Kommunisten) als berufsmäßige Spalter hin, und die objektiven Verhältnisse erleichtern dies den Leuten. Ich will die Einheit, das ist die Stimmung der Arbeiter. Und sollte auch die Stimmung nach einer einheitlichen Partei hundertmal so stark sein, — wir dürfen ihr nie nachgeben.

Der Unwill der Arbeiterklasse gegen Spaltungen ist nur zu begreiflich. Das Streben nach Einheit ist sehr oft, ja fast immer ein revolutionärer Factor, ein Faktor, der bei der unterdrückten Klasse selbstverständlich und nötig ist. Die Macht der Arbeiterklasse besteht darin, daß sie Willen zusammenhält, es ist die Macht der Zahl. Das sie gegen Spaltungen ist, ist ein durchaus verständliches und gerechtes Gefühl. Aber wir konnten nicht immer diesen Stimmungen nachgeben. Wir mußten spalten."

Ja, sie mußten spalten und müssen spalten, darin liegt ihre ganze Größe und einzige Stärke. Hoffentlich erkennt daraus jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, daß der gegenseitige Kampf der Arbeiterschaft nie zum Ziele führen kann, deshalb darf auch keine Gewerkschaftspolitik kommen.

Schlichtungswesen und die Sozialpolitik.

Das Schlichtungswesen und die Problemstellung über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik bildeten die Beratungsgegenstände der Ausgangs Oktober in Marburg stattgefundenen Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Rechte. Auch diese Beratung war zahlreich besucht von Vertretern der Verbände, der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Krankenkassen, der Wirtschaft und sonstigen interessierten Personen. Dieses unterschiedliche Gremium soll in obiger Gesellschaft eine gemeinsame Plattform finden. Ein ständiger Besucher dieser Kongresse, der angreifender Präsident der Gesellschaft ist, fehlt diesmal und nahm der Vorstand, Exzellenz von Potsdam, Gelegenheit, dem Kollegen Leipoldt baldige Geführung zu wünschen.

Das Schlichtungswesen gehört nach wie vor zu den sehr umstrittenen Gegenständen. Bei der Auseinanderziehung hierüber wird die Fragestellung gestellt, ob der Staat in die Auseinandersetzungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt eingreifen soll oder nicht. Der Eingriff des Staates

geschieht durch die Gesetze über das Schlichtungswesen. Zwei Wissenschaftler von Rang, der bekannte Genosse Sinzheimer und der Bonner Professor von Beckerath, sollten als Referenten die beiden entgegengesetzten Gesichtspunkte herausarbeiten. Die grob angelegte Rede Sinzheimers zeigte bereits, daß man das Schlichtungswesen sehr oberflächlich beurteilt, wenn man nicht von den Grundanschauungen ausgeht. Die Gesetze liberaler Wirtschaftsauffassung, mit der die Gegner des Schlichtungswesens operieren, gehören längst der Vergangenheit an; denn die heutige Wirtschaft ist weder reiner Kapitalismus noch reiner Sozialismus. Würde sie früher von individualistischen Zwischenbestimmungen geleitet, so ist heute die kollektivistische Beeinflussung, die Regel geworden. Diese kollektivistische Machtkonzentration ist zu Grundvoraussetzungen des Sozialrechts geworden. Das freie Spiel der Kräfte ist längst nicht mehr vorhanden, weshalb der Staat das Recht haben muß, in die Auseinandersetzungen um die Feststellung des Lohnes und der Arbeitszeit einzutreten. Der englische Bergarbeiterstreik hat 6 Milliarden Reichsmark gelöst. Die rücksichtslose Ausstragung desselben auf dem Rücken der deutschen Volkswirtschaft würde glatt herbeigeführt haben. Es kann also kein Zweifel darüber sein, daß die Kräfte der Wirtschaft nicht von ausfälligen Machtkämpfen abhängig gemacht werden kann. Die Gewerkschaften versuchen, den Menschen gegen das kapitalistische Warengesetz zu verteidigen. Die Gegenseite verlangt Unterwerfung unter dieses Gesetz. In diesen Zwischenstand schiebt sich das Schlichtungswesen ein mit dem Ziel, Kollektivvereinbarungen herbeizuführen. Das Kernproblem des Schlichtungswesens ist die Berechtigung des staatlichen Eingriffs, der in der Regel mit der Verpflichtung der Verbündlichkeit von Schiedssprüchen ausgeübt wird. Um diese Frage steht hauptsächlich der Streit. Waren die Unternehmer früher gegen den Tarifvertrag eingestellt, so stehen sie heute für den freien Tarifvertrag und gegen den Zwangsschiedsspruch ein. Die Methoden haben also gewechselt, die Grundeinstellung ist dieselbe geblieben. Es steht noch nicht fest, ob die Unternehmerseite auch an dem Tarifvertrag festhalten wird, wenn die Möglichkeit der Verbindlicherklärung wegfällt. Sinzheimer verlangt die Wiederherstellung des alleinigen Entscheidungsrechts des Vorsteheren, weil nur so die Schlichtungsgesetzgebung vollständig sei. Es ist Pflicht eines sozialen Staates, sich darum zu kümmern, ob die Höhe des Lohnes den Lebensnotwendigkeiten entspricht. Deshalb muß der Zwangsschiedsspruch bestehen bleiben.

Diese und ähnliche Gedanken arbeitete Sinzheimer in seiner Rede treffend heraus. Er wurde in der Aussprache unterstützt vom Kollegen Mörpel vom ADGB. Schon er vom Bata und anderen. Der zweite Vortrag des Herrn Beckerath brachte die vorstehenden Formulierungen des Standpunktes der Unternehmer. Er wie die übrigen Redner von Unternehmern stellten auf dem Standpunkt, daß der staatliche Eingriff möglichst vermieden werden und die Verbündlicherklärung überhaupt weglassen müsse. Die Lage der Arbeiterschaft könne nur innerhalb der Grenzen der Wirtschaft und Marktgelege gehoben werden. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Staatsanwalt a. D. Dr. Grawert, hielt die am meisten durchschlagende Verteidigungsrede für den freien Abschluß von Tarifverträgen. Er stieg sich zu der Behauptung, daß die Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft durch das Schlichtungswesen verhindert würde. Wenn Grawert weiter für den freien Tarifvertrag sich einsetzte, so muß dabei beachtet werden, daß dieser der Vertreter einer Industrie ist, die früher Tarifverträge überhaupt nicht kannte und längst eine liberalistischen Grundvoraussetzungen ausgemerzt hat.

Man hatte nicht die Überzeugung, daß durch die Auseinandersetzungen eine Annäherung der Gegenseite erreicht sei. Sinzheimer glaubt in seinem Schlusssatz feststellen zu können, daß die Aufhebung der staatlichen Schlichtung von niemand verlangt worden sei. Diese Aussage konnte man als objektiver Zuhörer nicht unterstützen. Neber die Stellung des Marktgelezes im folgenden Arbeitseleben hat die Aussprache keine Klärung gebracht. Wie überhaupt nach wie vor alles sehr problematisch ist.

Sehr interessante Aussagen fanden über das Thema „Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“ zum Ausdruck. Der Referent über diesen Punkt, Professor Göhri, wie auch die übrigen Wissenschaftler, stellten sich mehr auf die Seite des Unternehmertums, die die Frage bejahten, daß die Wirtschaft durch die Sozialpolitik überlastet sei. Das Einheits- und Andererseits, in welchem noch Briesk bewegte, veranlaßte Sinzheimer zu der Frage: „Wir möchten wissen, was Sie wollen!“ Diese Frage konnte der Referent keineswegs klar beantworten. Zu untersuchen ist die Forderung von Professor von Schulze-Gaevernitz auf Abbau der internationalen Zollmauer. Bei diesem Zweck soll einem Bündnis der großen exportierenden Industrien und der organisierten Arbeiterschaft die Wege geboten werden. Preisabschaffung, Steigerung der Reallohn und Markterweiterung soll das Endziel dieses Bündnisses sein. Schulze-Gaevernitz erhöht von einem solchen gemeinsamen Wirken ein starkes Deutschland in der Zukunft.

Recht gründlich wurde den Problemen über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik, über die Möglichkeiten der Preisgestaltung, der Erhöhung des Reallohns usw. in der Distriktszelle gegangen, namentlich durch die Gewerkschaftsvertreter Tarnow und Spield. Tarnow zeigte noch mit den Nationalisierungsvorläufen, der Kapitalbildung, der Selbstfinanzierung nicht einzuhalten, wobei er zum Ausdruck brachte, daß es viel wichtiger sei, daß bereits investierte Kapital voll zu befordern. Dazu fanden die sozialpolitischen Maßnahmen sehr viel Beifall. Spield wies die Behauptung zurück, daß wenn die Gewerkschaften keine Gewerkschaftswirtschaft hätten, die Arbeiterschaft müßte sich in den Sozialkämpfen beteiligen. Letztere würde viel zu schwach gemolt und die riesigen Herrschaften übersehen, die der Wiederanlauf der Wirtschaft in den letzten Jahren erzielen habe. Sehr geschickt pariert Spield die Anspielung, daß wenn die Gewerkschaften keine Gewerkschaftswirtschaft hätten. Die Gewerkschaften seien jeder Zeit zu einer Gemeinschaftsarbeit bereit, wenn ihnen zulässiger Gehaltung entgegengetreten wird. Wenn die Ausdehnung in Deutschland gleich der in England zur Raumverteilung wird, so ist eine Verkürzung der Arbeitzeit nicht mehr zu erwarten. Spield erläutert z. B.: Es handelt sich um die Frage, daß Problem der 5-Tagewoche sei. Die Verkürzung der Arbeitzeit mit die Bereitstellung jeder Arbeitserarbeit wird sich zur Vorausbedienstet berücksichtigen. Die Gewerkschaftsführer sind keine Raumverteilung, sie treten auch keinen Raum in die Wirtschaft, sondern sie leben mit der Wirtschaft, sind verantwortungsbereite Dienstleister. Kaufmänner und Lehrer der Wirtschaft.“

Der Kongress der Gewerkschaft für soziale Reform hat die ersten Gegebenheiten zwischen Arbeit und Kapital nicht verstanden. Sie gehörten die dort auftretenden Abgeordneten des Unternehmertums nicht zu den klassischen Schriftsteller. Hier endet die Gewerkschaften kommen über eine bestimmte Linie nicht hinweg. Solche Diskussionen führen zu reinen akademischen Erfahrungen herab, wenn im Hintergrund nicht reale Machtfaktoren stehen, die zur Verstärkung bereits bestehender Kadergruppen in die Engstelle geworfen werden können. Angenommen, wenn letztere mit nur den Schlüsselpositionen ziehen, daß leichten Endes nicht bei Gewerkschaftsmitgliedern in Form von Reden und Gegenreden das Prinzip ist, sondern die Stärke dieser Machtfaktoren, die wir in den Gewerkschaften sehen. Dies ist allemal erkannt und der Gewerkschaft für soziale Reform die Erklärung nicht entsprechen.

Der Haushalt des Arbeiters!

Das Statistische Reichsamts hat, zum ersten Male nach dem Kriege, eine Haushaltungsstatistik durchgeführt, deren erste Ergebnisse jetzt bekanntgegeben werden. Wenn auch die Zahl der erhaltenen Haushaltungen verhältnismäßig gering ist, so hat die Erhebung doch mehr als bloße zeitliche Bedeutung, da sie einen ungefähren Aufschluß gibt über die Lebensweise breiter Schichten des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit. Wo der Schuh am meisten drückt, das braucht allerdings nicht erst durch eine amtliche Statistik gesagt zu werden, denn sie erleben täglich und ein ganzes Leben lang. Immerhin war jetzt die beste Zeit dazu, eine solche Erhebung durchzuführen, da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder eingetragen haben und die Währung eine stabile Grundlage hat. Die letzte Erhebung war im Jahre 1907, also vor mehr als zwanzig Jahren durchgeführt worden; daß dabei ermittelte Material ist natürlich längst überholt und veraltet.

Die Erhebung wurde durchgeführt bei 2030 Haushaltungen und zwar 664 für Arbeiter, 559 für Angestellte, 509 für Beamte und 4 von sonstigen Haushaltungen. Bemerkenswert hierzu, daß es sich um solche Haushaltungen handelt, wo der Mann das Jahr hindurch volle Beschäftigung hatte. Wo dies nicht der Fall war, Krankheiten, Todesfälle oder Erwerbslosigkeit eintrat, so wurde die Buchführung rückgängig gemacht. So lagt die Erhebung auch nichts über die unverschuldet in Not Geratenen, über die Opfer der verfehlten Wirtschaftspolitik, die den Schnarchstriemen enger und enger schnallen mußten. Aber selbst bei diesen Glückspilzen, die ein Jahr lang, und zwar für den Zeitraum der Erhebung von März 1927 bis Februar 1928 von Arbeitslosigkeit und Krankheit nicht heimgesucht wurden, muß die Erhebung feststellen, daß 46 Prozent der Arbeiterehefrauen mitverdienen. Das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie es in Wirklichkeit mit dem sorglosen Dasein der Frau beschaffen ist. Und dabei handelt es sich hierbei, wie gesagt, nur um solche Arbeiter, die das Jahr hindurch ununterbrochen Beschäftigung hatten. Wie erst sieht es dort aus, wo der Mann lange arbeitslos ist oder mehrmals die Stellung verliert, ausgesteuert und auf Betteln bei den Wohltätigkeiten angerieben ist. Die Ergebnisse für die Angestellten und Beamten werden später veröffentlicht werden, man darf gespannt sein, wie es dort mit der Mitarbeit der Frau aussieht.

Bei 86 Haushaltungen der zur Errechnung herangezogenen Arbeitshaushaltungen betrug das Jahreseinkommen, einschließlich des Verdienstes der Chefin und der Kinder, der Einnahmen aus Unter Vermietung, Unterstützung, Geschenke, abgehobener Spargelder, geborgtem Geld usw. bis 2500 RM. Man sieht, daß alles eingerechnet ist, was an Geld oder Wert in den Jahren ins Haus gekommen, und trotzdem nicht mehr. Ein Jahreseinkommen von 2500 bis 3000 RM hatten 255 Haushaltungen, ein solches von 2000 bis 3000 RM 293 Haushaltungen. Bei 178 Haushaltungen betrug das Jahreseinkommen 3600 bis 4200 RM, und bei 84 Haushaltungen mehr als 4200 Reichsmark. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß bei den Haushaltungen mit diesen „hohen Einkommen“ ein erheblicher Teil aus Nebenverdiensten stammt und aus dem Verdienst der Frau und der erwachsenen Kinder, soweit diese im Haushalt der Eltern leben. Bei denen mit mehr als 4200 RM Jahreseinkommen entfallen nur durchschnittlich 2200 RM auf den Mann, so daß also selbst diese bestehenden Arbeitnehmer nicht mehr als 275 RM pro Monat oder 63 RM pro Woche verdienen. Von der Gesamtzahl hatten 118 Haushaltungen Einnahmen aus Unter Vermietung, 776 belasten Geschenke und Unterstützung aller Art, 407 haben Spargelder ab, 43 ließen sich einen Lohnvorschuß geben, 307 nahmen Waren auf Kredit und 124 pumpten Geld. Also keineswegs ein eindrucksvolles Bild. Dabei darf man nicht vergessen, daß es sich hier immer um solche Haushaltungen handelt, die von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Ausperrung und Todesfällen verschont blieben! Arbeitslosigkeit des Mannes oder ein Krankheitsfall in der Familie hätte die ganze Berechnung über den Haushalt geworfen. Wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ausperrung mußten während des Erhebungsjahrs alleine bei den Arbeitern 56 Haushaltungen aus der Buchführung ausscheiden. Dabei hatten wir in dem Erhebungsjahr eine günstige Konjunktur mit niedriger Arbeitslosenziffer.

Die Aufzeichnungen über die Ausgaben verdienen fast noch mehr unsere Aufmerksamkeit. Die niedrigste Gruppe mit einem Verdienst bis zu 2500 RM im Jahre gibt pro Haushalt durchschnittlich rund 48 Prozent des Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus. Für Wohnungsmiete 11,9 Proz., für Bekleidung und Wäsche 10,4 Proz., für Versicherungen 8,8 Proz., für Heizung und Beleuchtung 4,3 Proz., für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung 3,1 Proz. Dann kommen die kleineren Ausgaben, und zwar Verbands- und Vereinsbeiträge 2,2 Proz., Bildung 1,8 Proz., Steuern 1,7 Proz., Körperpflege 0,6 Proz., Erholung 0,6 Proz. usw. Bei den Gruppen mit höherem Jahreseinkommen finden wir eine leichte Veränderung in der Ausgabenstatistik in der Richtung, daß hier die Ausgaben in Prozent auf das Gesamteinkommen umgerechnet für Nahrungs- und Genussmittel 41,5 Proz. betragen, für Wohnungsmiete 8,8 Proz., für Heizung und Beleuchtung 2,8 Proz., für Bekleidung und Wäsche 14,6 Proz., für Bildung 2,4 und für Bergungen und andere gesellige Ansätze 1,4 Proz. des Gesamteinkommens. Alle Haushaltungen zusammen gerechnet ergeben eine Durchschnittsausgabe für Ernährung 45,3 Proz., für Wohnungsmiete 10 Proz., für Bekleidung und Wäsche 12,7 Proz., für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung 3,9 Proz., für Bildung 2 Proz., für Steuern 2,5 Proz., für Erholung 1,1 und für Körperpflege 0,8 Proz.

Das sind die ermittelten Tatsachen. Fest steht danach, daß nahezu die Hälfte des Jahreseinkommens für Ernährung verbraucht werden muß, und zwar bei Arbeitern, die einmal im Jahre das Kind - - - haben, nicht frisch oder arbeitslos zu werden und deren Frau noch mitarbeitet. Wer arbeitslos ist, findet - - - zu die Miete, die gezwungen abgeführt werden muss, alles in Nahrungsmittel hinein. Hier können Unschätzungen nicht gemacht werden. Lange Zeit nicht arbeitslos zu sein, gilt den meisten als idealer Zustand. Aber, abgesehen davon, daß aus diese Erhebung, die hier zweifellos das Richtige trifft, je dringend notwendig die Erhöhung der Löhne und Gehälter ist. Der Arbeitnehmer verbraucht an Waren sehr wenig, noch her - - - angibt jeder Haushalt durchschnittlich nur 127 RM im Jahre für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung, und nur 422 RM für Bekleidung und Wäsche aus. Der Haushalt, durchschnittlich mit fünf Personen gerechnet, also für jede Person im Jahre 84 RM für Bekleidung und Wäsche. Behnmal mehr kostet ein Mantel der Frau Generalsdirektor. In Berlebensausgaben steht die fünftöfige Familie das ganze Jahr 41 RM was bezahlt, daß sie eine größere Reise nicht machen kann. Für Körperpflege gibt der ganze Haushalt 25,50 RM im Jahre aus. Das reicht für Seife, Zahnpasta und Wäsche, anderer kann nicht gefaßt werden.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Produktion eingeschränkt werden muß. Bei ja meistens Warenverbrauch müssen ja die Produktionsstätten zum Stillstand kommen, damit bei der fortschreitenden Technisierung und Rationalisierung der Betriebe die Warenproduktion immer größer wird. Der Arbeitnehmer verbraucht zu wenig, daß zeigen die Zahlen, und daran scheitert jeder wirtschaftliche Anstieg. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Ausgaben für Gebrauchsgegenstände sicherlich noch niedriger wären, wenn das Geld dazu nicht vielleicht direkt zusammengehängt würde. Auf jede Annahme wird monatlich verzichtet, um einen Mantel oder ein Kleid kaufen zu können. Die Herren Generaldirektoren werden sicherlich nicht 45 Proz. ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus-

geben, es werden kaum 5 Proz. sein, aber mindestens 50 Proz. für Bergungen, Kleidung, Bäderreisen, Wohnung, Luxus, Erholung, Körperpflege usw. Und dann schreit man über die Begehrlichkeit der Arbeiter, über diejenigen Menschen unserer Gesellschaft, die ganze 0,6 Proz. ihres Einkommens in Bergungen stecken. Ganze 30 RM gibt der fünftöfige Haushalt im Jahre dafür aus, ganze 6 RM pro Kopf, und das nennt man Bergungssucht.

Im ganzen zeigt die Erhebung, daß in Deutschland noch vieles verbessert werden muß. Bei dem bisherigen erreichten mußte alles den Unternehmern abgerungen werden, und so wird es auch bleiben. Gegen ihren Willen und gegen ihren Widerstand muß jede Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter durchgeführt werden. Lässt uns nicht auch diese Erhebung wird die Unternehmer nicht humaner machen. G. R.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im neuen AWAG.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 behandelt die Stellung der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter in seinen Paragraphen 75c, 116a und 206a besonders.

Nach § 75c ist versicherungsfrei die Tätigkeit von Zwischenmeistern, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Der Verwaltungsrat kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln.

Der § 116a sieht vor, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Vorschriften erlassen kann über die Arbeitslosenunterstützung für Personen, die unständig beschäftigt zu sein pflegen und für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter, die von denen der §§ 87 und 116 abweichen. Die Paragraphen 87 bis 116 behandeln die Versicherungsschleifungen.

Der § 206a stellt fest, daß, unbeschadet der besonderen Bestimmungen, die nach diesem Gesetz für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter bestehen, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im Sinne dieses Gesetzes als Arbeitnehmer gelten.

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sind nach § 69 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in Verbindung mit § 165, Abs. 1, Nr. 6 der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert. Die Vereinigten Arbeitgeberverbände Deutschlands hatten befürchtet, daß die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern aus der Erwerbslosenversicherung herauszunehmen. Die Sachverständigenkommission konnte dem Antrag der Vereinigten Arbeitgeberverbände nicht beitreten und machte den Vorschlag, daß Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter grundsätzlich weiter in der Versicherung bleiben sollen. Nur die Zwischenmeister, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, sollten ausgenommen sein. Das ist inzwischen durch den § 75c, Abs. 1 auch geschehen.

Nach § 75c, Abs. 2 kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit ganzer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Dieser Bestimmung liegen die besondere Schwierigkeiten zugrunde, die von jenen die Arbeitslosenversicherung bei unständig beschäftigten Arbeitnehmern sowie bei Hausgewerbetreibenden beschäftigte. Die Verhältnisse in der Hausindustrie sind vom Standpunkt des Gesetzes aus sehr unübersichtlich, weil bei den Heimarbeitern verschiedene Typen — vom echten, grundsätzlich vollbeschäftigte Arbeitnehmer bis zum Gelegenheitsarbeiter vorkommen. Weitere Schwierigkeiten, die namentlich auf dem Gebiet der Kontrolle und der Schwarzarbeit bei den Heimarbeitern liegen, führen zur Reform. Über gerade aus diesen Gründen hat die Reformgesetzung davon abgesehen, eine schematische Regelung zu treffen.

Durch § 206a bleibt der Grundsatz, daß unständig Beschäftigte sowie Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, aufrecht erhalten. Ausnahmen können aus oben gesagten Gesichtspunkten gemacht werden. Die Grenze für Hausgewerbetreibende, die auf alle Fälle für den Fall der Erwerbslosigkeit pflichtversichert bleiben, ist im Wortlaut der §§ 18 HAG. und § 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes zu suchen. Danach bleiben Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, erwerbslosenversicherungspflichtig. Dabei ist es gleichgültig, ob sie die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschaffen oder vom Auftraggeber zur Weiterverarbeitung ausgehändigt bekommen.

Es ist hier der gleiche Weg gesucht, der von den Errichtungsbehörden der Fachauschüsse in Anwendung gebracht wird, wenn Haushaltungen politisch den Hausräubern gleichgestellt werden sollen. Für die Berufs-Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiter dürfte deshalb die Erwerbslosenversicherung auch in Zukunft so weiter gehandhabt werden wie das bisher der Fall gewesen ist. Allerdings muß nach Inkrafttreten des Gesetzes Sorge dafür getragen werden, daß bei evtl. Streitfällen von Seiten des Verwaltungsrates der Reichsanstalt die Begrenzung aus den §§ 18 des Hausarbeitsgesetzes und 5 des Arbeitsgerichtsgesetzes nicht zu eng gezogen wird, damit eine unnötige Herausnahme von Hausgewerbetreibenden aus der Erwerbslosenversicherung unterbleibt.

Nach § 75c kann auch der Verwaltungsrat der Reichsanstalt die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes regeln. Bei dieser Bestimmung denkt der Gesetzgeber vor allem an die besonders in Sachsen, Thüringen und Oberfranken häufig vorkommenden Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie, wo mitunter ganze Familiengemeinschaften hausgewerblich tätig sind, aber nur das Familieneoberhaupt die Aufträge vom Verleger empfängt.

Es ist in Zeiten der Erwerbslosigkeit in der Hausindustrie aufgezeigt, daß in einzelnen Hausarbeiterfamilien ein Teil der Familienangehörigen arbeitete, während der andere — Erwerbslosenunterstützung bezog. Daraus wurde geschlossenfolgt, daß in solchen Fällen Unregelmäßigkeiten vorkommen müssten. Diese Aussage braucht durchaus nicht immer richtig zu sein.

Die Familienmitglieder der Hausarbeiter sind in der Regel Mitglieder der Krankenkasse, und zwar unterliegen dieselben der Pflichtversicherung. Auf Grund dieser Tatsache haben die Familienangehörigen der Hausarbeiter in Verbindung mit dem § 69 AWAG mit § 165, Abs. 1, Nr. 6 Reichsversicherungsordnung, Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung.

Fälle, wo der eine Teil einer Familie in der Hausindustrie arbeitet, der andere — aber Erwerbslosenunterstützung bezieht, sind zu den Einzelfällen zu zählen. Sie kommen nur vor bei niedriger Konjunktur. Das Verhältnis ist dann genau wie bei den Betriebsarbeitern. Es können eben nicht alle Familienmitglieder beschäftigt werden, weil der gegebene Auftrag dazu nicht ausreicht. Das Recht auf Erwerbslosenunterstützung bleibt deshalb für Erwerbslosenunterstützung Beziehende einer Hausarbeiterfamilie im Gegensatz zu den arbeitenden Mitgliedern auf alle Fälle bestehen. G. Elslein.



Wirtschaft und Tafelglasindustrie.

In der letzten Nummer des „Keramischer Bund“ haben wir darauf hingewiesen, daß der sich jetzt zeigende Mangel an Tafelglas am deutschen Markt gerade bei Abschluß der Saison 1929 eine bedauerliche Erscheinung der Organisierung im Großglas Handel, wohl aber auch ein bestimmtes Verlegen der Verkaufsorganisationen der Tafelglasindustrie darstellt.

Bei den üblich erzielten Jahresproduktionskapazitäten in der deutschen Tafelglasindustrie darf sich nie ein Mangel an gangbaren Waren zeigen, wenn Großglas Handel und Industrie rechtzeitig entsprechend Dispositionen treffen.

Wiederholt ist von uns festgestellt worden, daß gerade die Tafelglasindustrie von verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren stark abhängig ist. Einer der Faktoren ist das sich immer noch zeigende rasche Wachstum der Bevölkerung und die damit leidende verbundene Wohnungsnot.

Die Bautätigkeit im letzten Jahrzehnt mußte aus diesen Ursachen stark angekurbelt werden. Man wollte durch verstärkte Bautätigkeit der vorhandenen Wohnungsnot wirksam begegnen. Leider konnte in den letzten zwei Jahren nicht in dem Ausmaße, troh verschiedener Maßnahmen usw., beim Wohnungsbau so ans Werk gegangen werden, wie es im Interesse der Volkswirtschaft zur Belebung des Arbeitsmarktes, speziell auch zur Belebung der Tafelglasindustrie und zur Behebung der Wohnungsnot notwendig gewesen wäre, da immer zu wenig Geldmittel zur Verfügung standen. Den Unleidshabern der öffentlichen Hand zum Wohnungsbau wurden außerdem Schwierigkeiten wirtschaftlicher und politischer Art gemacht. Auf Grund dieser Verhältnisse hatte die Tafelglasindustrie, die mit der Bautätigkeit steht und fällt, an und für sich schon in den letzten 2 Jahren schwer zu kämpfen. Wenn dazu bei nicht voll entfalteter Bautätigkeit noch Organisationsfehler im Ein- und Verkauf vorliegen, dann brauchen wir uns wirklich nicht zu wundern, daß die Einschätzungen an Tafelglas in Zukunft wieder stark steigen werden, da solche Gelegenheiten von unserer ausländischen Konkurrenz immer sofort ausgenutzt werden, um ihre Urentschärft am Glasmarkt, speziell aber am deutschen Markt, nachzuweisen zu können. In solchen Fällen schreien auch die Großglashändler immer zuerst nach höherem Import, obgleich sie den Anlaß zur geschaffenen Lage gegeben haben.

Dass die deutsche Tafelglasindustrie in der Lage ist, den ganzen deutschen Bedarf zu decken, mögen folgende Zahlen beweisen. Die Gesamtproduktion der deutschen Mundblashütten betrug:

1913	rund 20,5	Millionen qm
1925	18,5	qm
1926	11,5	qm
1927	10,5	qm
1928	3,5	qm
1929	2,0	qm

Durch die Umstellung dieser handarbeitenden Tafelglasbetriebe zum mechanischen Ziehverfahren ergeben sich folgende Produktionszahlen aus den mechanischen Tafelglashütten:

1913	nur experimentell
1925	1,0 Millionen qm
1926	2,5 " qm
1927	7,0 " qm
1928	14,0 " qm
1929	22,0 " qm mindestens.

Aus vorstehenden Zahlen wird ersichtlich, daß in der Herstellung von Tafelglas die Produktionsmengen in Gegenüberstellung der Kriegsjahre nicht gesunken sind, sondern um rund 4 Millionen qm mehr Glas am deutschen Markt vorhanden ist als 1913. Nur die Produktionsart hat stark gewechselt, und zwar von der Hand- zur Maschinenglasherstellung.

Neben diesen oben genannten Zahlen an gewöhnlichem Tafelglas liegen noch rund 2,8 Millionen qm Aut. und Salzgläser im Jahre aus dem deutschen Markt, und zwar ergibt sich diese Zahl aus den noch im Betrieb befindlichen Produktionsstätten vorgenannten Industriezweiges; außerdem werden noch 500 000 qm Farbenglas verkaufsgünstig in Deutschland hergestellt.

Bei einem Bedarf von 16–18 Millionen qm Tafelglas im Durchschnitt in den letzten 3 Baujahren könnte demnach von einem Glasmangel an Tafelglas in Deutschland nicht die Rede sein, zumal nur 7–10 Proz. exportiert wird, wenn die notwendige Übersicht bei Ausgabe von Bestellungen vorhanden gewesen wäre und wenn die Verkaufsorganisationen sich mehr um die fraglichen Dinge bemüht hätten.

Auf Grund der Entwicklung am deutschen Glasmarkt im Jahre 1929 und der sich zeigenden Schwierigkeiten wird es notwendig sein, daß den Glassgroßhandel einmal mit aller Deutlichkeit seitens des Reichswirtschaftsministeriums gesagt wird, den Bedarf so zu decken, damit nicht Stockungen im Wirtschaftsleben verursacht werden, die sich sehr ungünstig für die Bauindustrie und ihre Arbeiter, aber auch für die Erzeugungsindustrie zum Bau auswirken müssen. Schon mehrmals haben die Arbeitnehmervertreter der deutschen Glasindustrie nachweisen können, daß in dem stark vertrusteten Großglas Handel nicht alles in Ordnung gehen kann. Es sei bei dieser Gelegenheit nur an die Verkaufspreise des Tafelglases ab Hüttre erinnert, und an den Preis, der gefordert wird pro qm verglastem Fensterrahmen. Die Tafelglasherstellerfirma Deutschlands hat nicht Lust, sich durch solche Vorgänge am Glasmarkt fortgesetzten Krisen auszusetzen. Kommt nicht bald die notwendige Einsicht, dann wird die Arbeiterschaft noch mehr an die Wessentlichkeit treten, wird auch nicht davor zurücktreuen, auf die Verhältnisse, die schon nahe an Misshandlung herankommen, bei Behörden hinzuweisen, damit von dort aus nach Wegen gesucht wird, wie solchen Zuständen zu begegnen ist.

M. R.

Dankeswort.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Stölzl's Söhne A.-G., Glasfabrik in Österreich, haben bekanntlich ihren Streik siegreich beenden können. Es ist darüber bereits berichtet worden. In der „Solidarität“ wird über den abgeschlossenen Stand geschrieben, und am Schluss heißt es:

„In dieser Kampf, der in einer ungünstigen Zeit begonnen wurde, haben die Genossen eine besondere Ausdauer und Disziplin an den Tag gelegt, und zwar war es möglich, denselben erfolgreich abzuschließen. Hieran hat auch die Solidarität unserer Genossen und Genossinnen in den übrigen Ortsgruppen beigetragen, welche durch Unterstützungen den Kampf erhalten haben.“ Für diese brüderliche Solidarität aller Genossen und Genossinnen sei nochmals recht herzlich gedankt. Diesen Dank wollen wir besonders ausländischen Brüderorganisationen, vor allem den britischen Branchenkollegen, für die erhaltenen Unterstützungen zum Ausdruck bringen. Die im Kampf gestandenen Genossen und Genossinnen werden diese brüderliche Solidarität sicher nicht vergessen und werden gern bereit sein, gleichfalls zu Hilfe zu eilen, wenn die Kollegen irgendwo in eine bedrängte Lage kommen sollten.“

Grauer Star als Berufskrankheit.

Selbst dem Bestehen der Verordnung vom 12. Mai 1925 und der zweiten Verordnung vom 11. Februar 1929, sind eine ganze Reihe Entscheidungen gefällt und unseren Kollegen die Rente zugesprochen worden. Bis heute sind rund 177 Fälle als entschädigungsfähig anerkannt worden. Wir lassen nachstehend eine Auflistung über die Zahl der entschädigten Fälle und über die Rentensätze folgen.

Es erhalten:

Vom - Hundert - Säze	entschädigt
10	6
15	29
20	35
25	18
30	28
33%	4
35	6
40	16
45	1
50	6
55	1
60	6
65	1
66%	5
70	6
75	1
80	2
100	4
Zusammen 174	
Hierzu 8 Fälle	
Zusammen 177	

Die so genannten 3 Fälle sind dem Grunde nach anerkannt worden; doch ist die Höhe der Rente noch nicht festgelegt.

Aus dieser Auflistung geht hervor, daß bereits 177 Kollegen ihre Rente als Berufskrankheit beziehen. Gewiß sind die Rentensätze nicht immer ausreichend und der Kampf um die Rente ein langwieriger und schwerer. Wir können trotzdem konstatieren, daß der Erfolg nicht ausgeschlossen ist, und erwarten, daß auch die große Zahl der noch ausstehenden Fälle zu unseren Gunsten entschieden wird.

Gerresheimer Glashüttenwerke.

Die Glashüttenwerke der Firma vorm. Ferdinand Heine in Düsseldorf berichten, daß im letzten Geschäftsjahr der Absatz zu wünschen übrig ließ. Die dem Glashausverband fernstehende Konkurrenz der Ruhrglashütte, sowie ein süddeutsches Werk drückten auf die vorgelegenen Verkaufspreise. Trotzdem ist die Gesellschaft in der Lage, wieder 9 Prozent Dividende zu verleisten. Die Arbeitnehmer können wohl mit Recht behaupten, daß bei einer Verteilung von einer Dividende von 9 Prozent die Geschäftslage als nicht ungünstig bezeichnet werden kann.

Es wäre zu wünschen gewesen, daß man den Arbeitern im Betrieb bei der Firma Heine in Gerresheim von diesem erarbeiteten Kapital etwas mehr abgetreten hätte, zumal die diesjährige Tarifabschlüsse in seiner Hinsicht befriedigen konnten.

In Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht der Gerresheimer Glashüttenwerke, vorm. Ferdinand Heine in Düsseldorf, wird die Meldung gebracht, daß der Abbey-Towns-Betrieb „Delog“ in Rothausen, der augenblicklich nur Flachglas herstellt, beabsichtigt, im kommenden Jahre zur Maschinenglasfabrikation überzugehen. Der Glashausverband erwartet durch die geplante Neugründung wieder weitere Konkurrenz.

Oberneuburg im Laabenthal.

Ein seltenes Fest veranstalteten die Glashütten- und Polierer am 3. November in Oberneuburg. Das ganze Vereinigungstreffen war vollbesetzt. So ist es doch, unseren Kollegen Jacob Lind, Polierer in Eisenhammar, die gebürtige Ehre zu erwiesen. 27 Jahre ist er Verbandsmitglied und hat jederzeit seine Pflicht erfüllt. Der Vorsteher überreichte dem Jubilar ein vom Fabrikarbeiterverband gewidmetes Ehrendiplom. Alle Kollegen dankten ihm für seine Freude und Standhaftigkeit in unserem Verband. Gauleiter Kollege Dr. Fischer aus Fürth, der auch zu diesem Fest erschienen war, lobte besonders hervor, wie ein solch alter Kollege vor 25 und 30 Jahren zu kämpfen hatte. Wenn man Sonntags einige Mitglieder zur Organisation gebracht hatte, so hat sie der Pfarrer am Montag wieder weggeschickt. Wenn es ein Kampf nicht alles drangeht hätte, wären wir in unserer Bewegung nicht weit gekommen. Auch der Zahlstellenleiter Ludwig Schenck aus Regensburg durfte bei unserem Fest nicht fehlen. Auch er brachte unserem Jacob Lind einige Tolleseide aus Nürnberg, die jungen Kollegen mögen dem Beispiel des Kollegen Lind in organisatorischer Beziehung nachstreben und ebenso treue rührige Verbandsmitglieder werden.

Hindenburg O.-Schlesien.

Der Betrieb der ehemaligen handarbeitenden Tafelglasfabrik Wilh. Eisner in Hindenburg bei die Umstellung zum mechanischen Fensterglasziehverfahren, System Vorcoult, vorgenommen und dieser Tage beendet.

Der neue Betrieb wird mit vier Maschinen in Fertigung gehen. Die Firma, die vorläufig Aufzucker des mechanischen Fensterglasfabrikats ist, beobachtet ihre Produktion in Oberschlesien, resp. in Polen abzusehen. Der Firma stehen noch günstige Verbündungen mit dem Ausland zur Verfügung, so daß anzunehmen ist, daß bei technischem Funktionieren des Betriebes für geregelten Absatz gesorgt ist.

In dem neuen Betrieb werden vor allen Dingen die ehemals handarbeitenden Tafelglashersteller Beschäftigung suchen. Es sollen im Betrieb vorläufig 150 bis 160 Arbeitskräfte eingesetzt werden. Die Tarifregelung erfolgt in ungefähr 14 Tagen; vorläufig erfolgt die Entlohnung nach vereinbarten Sätzen mit dem Betriebsrat. In Hindenburg sind genügend Arbeitskräfte zur Bereitung im Betrieb vorhanden.

Oberneubuch.

Es gibt wohl immer noch Geistliche, die nicht begreifen wollen, daß Arbeiter eine ganz andere Auffassung über die Lehre Christi und die Worte und die Taten der Kirche haben, als die Pfarrer. Zu denen, die den Arbeitern eine kritische Ansicht und freiere Weitsichtsauffassung nicht gestatten wollen, gehört auch Pfarrer Andreas Stöller in Elschnbrunn. Er hielt es für angebracht, am offenen Grabe der Kollegin Stangl von Schönhausen in seiner Rede zu sagen, unter den Glasarbeitern gäbe es Leute, die glauben, im katholischen Glauben eine Sonderstellung einzunehmen zu dürfen. Die Glasarbeiter empfinden die Herabsetzung ihres Berufes in Lebensanschauungsfragen an dieser Stelle als eine Tollstödigkeit. Besondere Achtung erwähnt sich damit Pfarrer Stöller nicht. Es wäre besser für ihn, wenn er sich in seinem Glauben etwas mehr Zurückhaltung auferlegt hätte.

Spiegelglaswerke „Germania“-Sicilia.

Wie stark die Übernahme von ausländischem Kapital in der deutschen Glasindustrie sich bemerkbar macht, zeigen einige Zeitungsnotizen bezüglich der Spiegelglaswerke „Germania“ A.-G. in Potsdam. Es wird berichtet, daß der große Betrieb der Spiegelglaswerke „Germania“ A.-G. eine Zweigniederlassung der Glacerie de Saint-Malo, Société Anonyme, geworden ist. Das Grundkapital der Gesellschaft umfaßt nur belgisches Kapital. Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehören 15 Bankiers, resp. Großindustrielle Belgien und Frankreichs an.



Aussprüche Australiens an Glas- und Keramikwaren.

M. Die Absatzfähigkeit fremder Glashäuser und keramischer Produkte in Australien hat sich innerhalb der letzten Absatzperiode zum Teil stark abgeschwächt. Im wesentlichen ist diese Veränderung der Verkaufssituation eine Folge teilweise erheblich gesteigerter Eigenproduktion, zum anderen aber hat die Zurückbildung der Zufuhr derartiger Erzeugnisse aus dem Ausland seine maßgebliche Ursache in einer falschen oder manchmal unzureichenden Orientierung der jetzt unerlässlich umfassenden Werbearbeit. Die Lebensverhältnisse in Australien haben sich offenbar in letzter Zeit wesentlich mehr an europäischer Art herangefunden. Eine ziemlich tragfähige Brücke schlug dabei von Kontinent zu Kontinent der Luftverkehr in Sportflügen britischer Flieger, die indestens in Kürze einen Zusatz zu einer normalen regelmäßigen Flugstrecke zwischen London und Australien erfahren sollen. Ereignisse, wie die Rückkehr der Polarerforschung amerikanischer Erforscher des Antarktis auf Australien als Ausgangspunkt, haben dazu wesentlich zur Beschleunigung des Tempos in dieser Richtung beigetragen. Australien ist nach wie vor – eine Erscheinung, die sich im übrigen in der Entwicklung des europäischen Absatzes hervorgehoben hat – trocken Steigerung der eigenen Produktionsleistungen in hohem Grade absatzfähig für europäische Waren. Eine wesentliche Voraussetzung für eine flüssigere Entwicklung des Australienervertrags ist indes eine erheblich größere Untersuchung der Marktgegebenheiten, die insbesondere Konsumtionsinteressen vorliegenden Schwierungen unterworfen sind. Australien bietet in der Tat für die Überschüsse führender Industriestaaten vorzügliche Absatzorte, wenn es gelingt, das Kaufinteresse Australiens dafür zu entwickeln und gleichzeitig fertige Erzeugnisse zu Bedingungen anzubieten, die insländischen gegenüber einen Kauf ausländischer Erzeugnisse aus mancherlei Rücksichten besonders vorteilhaft erscheinen lassen. Das sind im wesentlichen die britischen Grundförderungen für ein erfolgreiches Zusammenspiel auf australischen Märkten. Diese Gesichtspunkte gelten ganz besonders auch für das Einführungsgeschäft an erdenen Erzeugnissen, nach denen auf den dortigen Märkten eine außerordentlich rege Nachfrage besteht, zumal die nationalen Produktionsmengen, wie wertmäßige, nicht ausreichende Versorgung zur Verhinderung des austreibenden Binnenbedarfs ausreichen.

Recht günstig entwickeln sich die Einführungsvoraussetzungen vor allem für China- und Steinzeugwaren. Nach längsten Untersuchungen des Marktes hält sich der Bedarfsscharakter des australischen Konsums im wesentlichen ziemlich streng an britische Herstellermärkte. Diese Eigenschaft des Verbrauchs trug bisher ausgedehnt dazu bei, die Stellung des britischen Produkts im Güterverkehr Australiens besonders zu festigen. Die Zollbeherrschung britischer Güter ist erfahrungsgemäß nicht immer allein ausschlaggebend, wenn natürlich auch die Anwendung von Vorzugstarifen bei der Einführung englischer Erzeugnisse nach Australien Vorteile vor an sich wesentlich preiswerten anderen Waren gewährt. Bei anähnlich gleichartigen Preisen werden Erfolge von geschickter Werbung abhängen. Wie sehrhaft an sich Erwägungen sind,

dass gegenüber der ausgesprochen britischen Einstellung der Käuferschaft in Australien, zum anderen infolge der teilweisen beträchtlichen Vorzugszollbeherrschung ein erfolgreicher Wettbewerb auf verschiedenen Gebieten gegenüber britischen Waren nicht durchzuführen sei, beweist, daß gerade der deutsche Export sein Einführungskontingent zum Schaden des britischen Handels unentwegt aufwärts entwickelt. Gleichzeitig steigt Japan die Wettbewerbsfähigkeit seiner keramischen Erzeugnisse auf den australischen Märkten ganz erheblich zum Nachteil der Nutzung britischer Erzeugnisse. Vergleichbar ist dies in diesen Einführungskategorien mit dem australischen Handel ein weites Feld der Tägigkeit, da der britische Wettbewerb nur in ganz billigen China- und Steinzeugwaren leistungsfähig ist, daß Schwerpunkt der Nachfrage sich aber immer mehr und mehr zugunsten besserer und hochwertiger Erzeugnisse verschiebt.

Vom beachtlichen Wert der australischen Absatzmärkte für den Absatz der Überproduktion der führenden Industriestädte überzeugt hier am eindrücklichsten das Bild der Statistik. Im letzten Jahrzehnt erhöhte sich allein die Einführung von Geschirr und anderen Haushaltseräten, sowohl in China-waren, Porzellan- und Porzellanwaren, innerhalb eines Jahres um 100 000 £ steigern, sie macht heute etwa insgesamt 150 000 £ aus. Großbritannien kontrolliert in der Einführung hier noch etwas über die Hälfte. Das Einführungsmittel für Steinzeugwaren und braune Waren hat sich etwas abgeschwächt. Der Importeur von China-waren und Porzellan verhältnismäßig jetzt mehr die einst vorwiegend verlangten, ganz billigen Waren – die im wesentlichen nur noch die älteren Männerlichen konsumieren, die sich im übrigen hier zumeist aus örtlichen Quellen versorgen – und bevorzugt mehr bessere Waren. Relativ hoch in Beliebtheit stehen Tierporzellan und dabei wieder in erster Linie bekannte Marken. Ähnlich reagiert sich hier das Einführungsmittel in Porzellan, Figuren, Schnauzellen und dergleichen. So weit sich bisher die kommende Entwicklung des Absatzes vorzusagen lässt, wird sich der Zug zu besseren Waren verstetigen. Die Engländer haben sich ziemlich schnell angepasst und richten ihre Propaganda jetzt ausgeweitet um die Werbung für mittlere und bessere Produkte. Die besseren Haushaltsgüten, Hotels und Restaurants in Australien nehmen allerdings mit Vorliebe auf heranzubringen, es ist kein großes Material bester Qualität auf. Nebenher sind die Präfekte in kleinen China- und Steinzeugwaren, namentlich in

Ganz billiges Material ist weniger absatzfähig, da hier die örtliche Industrie ausreichend leistungsfähig zur Befriedigung der vorliegenden Ansprüche erscheint.

Stark gestiegen ist weiterhin die Nachfrage nach Zinkbodenbelag, Wandverkleidung, Motor- und Glasurziegeln. Die Binnenproduktion ist hier noch recht rückständig. Das aus australischen Betrieben auf den Markt gebrachte Material beschränkt sich in der Hauptart auf rohgebrannte Ziegel. Auf diesem Gebiet sind die australischen Märkte heftig umstritten. Der Engländer kontrollierte hier auch vor dem Markt, hat aber seine Führung verloren. Nicht unbedeutend sind ebenso die Einfuhrleistungen der Tschechoslowakei und Italiens. Wand- und Dachziegeln werden vom australischen Konsum ebenso in händigen Mengen auf Auslandsmärkten eingehandelt. Wenn schließlich im Augenblick auch nur 7% Proz. der Gesamtimporte britischer Herkunft waren, so hat sich im Laufe der letzten Zeit der Druck deutscher, weiterhin auch belgischer und amerikanischer Warenhändler gegen das britische Uebergewicht äußerlich spürbar gemacht. Die Einfuhrleistungen aus diesen Ländern sind jedenfalls zum Schaden der britischen Ausfuhr fortgesetzt gestiegen.

Australien ist auch aufnahmefähig für Bedachungsmaterial und andere Ziegelfäden. Um aber hier günstige Abschlüsse mit Australien tätigen zu können, ist die Erfassung besonders günstiger Momente und Umstände erforderlich. Frankreich und auch die Vereinigten Staaten haben wiederholt hier auch lohnende Aufträge auf Beschaffung solcher Materialien von australischen Ziegelhäusern bereinnehmen können.

Wenn auch der Ausbau der australischen Industrie fortgeschreitet, so ist doch auf lange Zeit mit starker, sogar wachsender Wachstumsrate des örtlichen Bedarfs vom Ausland zu rechnen. Bestrebungen, die bisherigen Unternehmungen auszudehnen bzw. Neugründungen, werden den australischen Konsum vor wachsender Ueberfremdung schützen. Augenblicklich bestehen in Australien nach leichten Schätzungen etwa 411 Fabriken, die Porzelle, Steingut und Tonwaren herstellen, und etwa 87 Betriebe, die sich mit der Herstellung von Spiegelglas, Glasflaschen und anderen Glaswaren beschäftigen.

Ebenso wie die Nachfrage nach Chinawaren und anderen keramischen Produkten bewegt sich der Bedarf Australiens an Glaswaren momentan nach außen. Augenblicklich hat auch hier Großbritannien noch die Führung in der Einfuhr, aber die Steigerung des Weltmarkts belässt, deutlicher und tschechoslowakischer Händler führt unbedingt zu einer Erhöhung der Einfuhrleistung aus diesen Ländern. Das Einfuhrbild wird sich jedenfalls in nächster Zeit hauptsächlich zugunsten der kontinental-europäischen Ausführeraten verschieben, zumal die englischen Preise trotz der Großbritannien abgebildeten Zollnachlässe wesentlich über denen dieser Länder liegen. Die Engländer machen verzweifelte Anstrengungen, die jüngst wachsende Abschwächung ihres Einflusses aufzuhalten. Teilweise waren sie auch damit erfolgreich.

Poliertes Glas und Patentgläser führt jetzt besonders Belgien nach Australien aus. Gegenwärtig gehen die britischen Exporte allerdings noch über die Belgien hinweg. Insgesamt beträgt die Einfuhr hier etwa 500 000 £, davon kontrollierte Großbritannien etwa 50 Proz.

Überaus lebhaft ist auf den australischen Glasmärkten jetzt der Handel in hochwertigem, geschliffenem Glas, Kristallglas, Tafelgläsern und Trinkgläsern. Die Tischchen entwickeln eine rege Einfuhraktivität in Phantasie- und Tiergläsern. Die Importe verschiedener Glaswaren in Verbindung mit Metall war zumeist eine Angelegenheit amerikanischer und belgischer Einfuhrländer. Der australische Einfuhrbedarf an Glaswaren für Tischwände, Haushalt, Küche u.ä. ist sehr hoch. In dieser Gruppe erfreut der Markt besonders aufnahmefähig. Die Auslandsansprüche stiegen hier allein innerhalb eines Jahres um etwa 100 000 £. Abgesehen von den Amerikanern, deren Einfuhranteil sich rückläufig bewegte, konnten alle Länder ihre Exporte – teilweise erheblich – ausdehnen. Großbritannien steht immer noch in der Einfuhr an der Spitze. Der sehr erfolgreiche Wettbewerb tschechischer, japanischer und deutscher Ausfuhrhändler, weiterhin auch der Belgien und Schwedens wird aber sehr bald den hier lediglich noch durch Zollvorschriften geprägten englischen Export erreichen.

Ein Interessengebiet erster Ordnung ist für die Steigerung der Einfuhr, die sich sehr temperamentvoll entwickelt, die Nachfrage nach Flaschen, Gläsern, Glasflaschen, Glaskörpern, bewiesen dabei eine besonders glänzende Hand im Einfuhrhandel, namentlich in der richtigen Abstimmung ihres Angebots im Preis wie unserer Form an die örtlichen Bedingungen.

Optisches Glas, Linsen, Prismen, Uhrgläser, Schraubgläser werden ebenso in zunehmenden Mengen in Australien eingeführt.

Reichsporzellanwoche.

Die "Porzellanspropaganda" hat wieder eine Reichsporzellanwoche vorbereitet. Ancheinend haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß eine derartige Veranstaltung für die Porzellansindustrie eine Notwendigkeit ist.

In diesem Jahre hat sich die Porzellanspropaganda folgendes Programm vorgenommen:

Am 800 Seiten werden die bekannten Plakate, auf denen eine Kostensammlung und ein Teller sowie angekündigte Flammen zu sehen sind, aus welchen hervorgehen soll, daß Porzellan im Feuer gefeuert ist, ausgehängt. Viele Zeitungen bringen in der entsprechenden Zeit Artikel, die auf Porzellan Bezug nehmen. In hundert Lichtspieltheatern läuft ein Werberuf für Porzellan, der auch in einigen Porzellanmetropolen wie Selb, Marktredwitz, Weiden, Waldenburg und Immenau zu sehen ist. In diesem Film haben sicher auch die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen ein gewisses Interesse, und die in den genannten Orten werden hoffentlich daran beteiligt, daß der Werbefilm in der Porzellanwoche in den Lichtspieltheatern läuft. Auch der Rundfunk wird diesmal durch einen Werbespruch für die Porzellanspropaganda in Anspruch genommen werden. Herr Professor Rieke und Herr Generaldirektor Rieke in Meißner Vororten im Rundfunk halten Herr Professor Rieke spricht über "Die Eigenschaften und die Herstellung des Porzellans". Reiter werden vor dem Rundfunk in den Hauptvereinen der verschiedenen Städte. Sie werden ebenfalls Herausforderungen in der Porzellanwoche treiben, die sicherlich von der Bevölkerung gut angenommen werden. Die Schriftsteller der Porzellanzeitschrift wiederum in anderer Ausschaltung erzielen, ist eine Selbstverständlichkeit. Bei dieser Ausschaltung muss auch der Teller mit dem Rösselsprung bestimmt werden, für den Teller ist eine Ausschaltung bestimmt. So ist es sicherlich Propaganda für Porzellan gemacht werden, und in den Buchhandlungen wird man sehen können, daß sie bei ihren Bücherauslagen gerade in dieser Woche erste Werke über das Porzellan vorstellen werden.

Dies Programm zeigt also, daß die Porzellanwoche wieder die Wirtschaftlichkeit des Porzellans auf sich lenken wird. Hoffentlich wird sie auch langanhaltend, so daß die Werke die entsprechenden Anträge beklagen.

Moschendorf.

Unter den in letzter Zeit in Meißen aufgelegten Porzellansabellen befindet sich auch die Porzellansfabrik Moschendorf. Eine ältere Firma, deren Errichtung in der Porzellanzeit auf der Höhe war. Auch in den Nachkriegsjahren noch erzeugte diese Firma ein in Qualität allgemein anprechendes Porzellan. Es wird aber auch gesagt werden, daß der Betrieb in den

früheren Jahren von ausgesprochenen Fachkräften geleitet wurde. Es bestand z. B. neben der fachmännischen Betriebsleitung ein Dreherpersonal von 40 Personen und ein Malerpersonal von 50 Personen. Heute dagegen ein Dreherpersonal von 8 und ein Malerpersonal von 10 Personen. Es ändert sich die Zeiten und auch die Menschen, trifft auch für die Porzellansfabrik Moschendorf zu. Das hier etwas nicht in Ordnung ist, darüber besteht kein Zweifel, das gibt auch jeder vernünftig denkende Mensch zu. Ende Oktober vorigen Jahres trat im Betrieb Kurzarbeit ein, gearbeitet wurden wöchentlich 30 Stunden, und am 10. August d. J. wurde der Betrieb stillgelegt. Die Umstände, die dazu führten, sind uns ja bekannt. In den Obersorten wird gelagt, der Betriebsrat wäre zu scharf vorgegangen, oder einzelne Personen gaben dazu Anlaß mit. All dies ist leeres Gerede. Nicht der Betriebsrat und einzelne Personen tragen die Schuld an dem Rückwärtsgehen des Betriebes, sondern hier fehlt es in erster Linie an fachmännischen Kenntnissen der Betriebsleitung. Der Betriebsrat als solcher hat die Aufgabe: In Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuwirken, den Betrieb von Errungenschaften zu bewahren, für die Arbeitnehmer gemeinsame Dienstvorschriften und Änderungen derelben im Rahmen der geltenden Tarifverträge mit dem Arbeitgeber zu regeln usw. In dieser Weise war der Betriebsrat bemüht, den Betrieb mit aufwärts zu bringen. Aber wie das des öfteren vorkommt, wollen sich die Herren von den Betriebsräten nichts sagen lassen, ja auch in Moschendorf. Ein Betriebsleiter wie Herr Timper, der nicht die geringsten Fachkenntnisse besitzt und dessen Autorität nur auf Lohndruck hinausgeht, ist absolut nicht fähig, einen solchen Betrieb rentabel gestalten zu können.

Im Januar vorigen Jahres, ausdrücklich eines Lohnstreites im Betrieb, fragte ein Gewerkschaftsvertreter Timper, woher er seine Fachkenntnisse habe? Hierauf erklärte Timper: er habe öfters nach Selb, da habe er Freunde, die sagten ihm das. Man braucht sich wirklich nicht wundern, wenn der Betrieb zum Erliegen kommt. Es ist höchste Zeit, daß die Herren dieser Aktiengesellschaft – wenn sie den Betrieb vor Eröffnungen bewahren wollen – einmal nach dem Rechten sehn und die Führung des Betriebes einer Person, die mehr Fachmännische Kenntnisse besitzt, übertragen, bevor es zu spät ist.

In den letzten Jahren, bis zur Stilllegung, waren auch Preisreduzierungen in steigendem Maße an der Tagesordnung. Da sollte nun auf Grund der Unverhältnismäßigkeit der technischen Leitung, die der Firma nicht den erwarteten Gewinn bringt, aus der Arbeiterschaft, die überhaupt nur die tierischen Mindestlöhnne, und die nicht einmal richtig bezahlt erhält, das Lebte noch herausgepreist werden. So ging im Winter 1927/28 in der Abteilung Gießerei, in der die miserabilsten Löhne geahnt wurden und die Kollegen bis über die Ohren im West (Bär) hockten, der Konsult los. Löhne von 22 RM bei 48stündiger Wochenarbeitszeit für männliche Arbeiter in der Gießerei waren keine Seltenheit. Sichere Kollegen sagten nun bei dem zuständigen Arbeitsgericht ihre rückständigen tariflichen Mindestlöhne ein. Dieser Anfang war kaum gemacht, so mußten eine ganze Anzahl weiterer Klagen gegen die Firma anhängig gemacht werden, die alle zugunsten der Kläger entschieden wurden. Ansgesamt wurden vom November 1927 bis zum Juni 1929 13 Klagen beim Arbeitsgericht gegen die Firma angestrengt, und sie war in allen Fällen der unterlegene Teil. Ein Summenden mußte die Firma also für Prozesse opfern. Auch die augenföhrenden Streitfälle sind auf die Unwissenheit der Betriebsleitung zurückzuführen. Diese haben ja auch die Gewerkschafts- bzw. Brüdervertreter der Firma gegenüber schon erklärt. Offenkundig hat die Firma aus diesen Argumenten die richtige Lehre gezogen und gewahrt bei der Wiedereröffnung ihres Betriebes ihren Arbeitern den ihnen gebührenden Lohn, sonst hat sie im vorherigen daselbst zu erwartet, was vor der Stilllegung der Fall war. Richtig liegt der Amerikaner Ford: wer niedrige Löhne zahlt, begeht Diebstahl an der Allgemeinheit.

Aber auch in betriebstechnischer Hinsicht fehlt es bei der Firma Moschendorf noch weit. Auf der Stufe, auf der der Betrieb vor 40 Jahren stand, steht er heute noch. Wie Welt weiß, daß auch Porzellansindustrie in ihren Betrieben in letzter Zeit die Nationalisierung oder Technisierung durchgeführt haben. Nationalisieren heißt: vernünftig wirtschaften. So ist in einigen Betrieben das laufende Band eingeführt, das moderne Gießverfahren, das neue Brennverfahren, das Ausnäumen der Losen usw. So erklärte kürzlich vor der Stilllegung Herr

Timper zwei Kreiscommissionsmitgliedern gegenüber: "Es gibt keine kleine Meinungsverschiedenheiten." Es muß wirklich ein Mensch geistig versteinert sein, der solche Antworten gibt. Anstatt die Entwicklung zu fördern, wird sie gehemmt. Will denn die Porzellansfabrik Moschendorf endlich dazu übergehen, ihren Betrieb zu technisieren und modernisieren, ihn dem Geschmack der Neuzeit anzupassen. Sonst in der Dacherei, Gießerei und im Brennhaus müßten andere Verhältnisse geschaffen werden. Vielleicht tragen die Zeilen dazu bei, damit der Betrieb ein anderes Gepräge bekommt, und damit die arbeitslos gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Lebensunterhalt besser bestreiten können. Unseren Kollegen und Kollegen rufen wir zu: Halten fest an eurer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Porzellan in Moschendorf!

Wilsdorf.

Die Faktion der Porzellansfabrik Kloster Wilsdorf A.G. mit Gründer Kühlens A.G. und Hentrich & Müller in Meuselwitz wurde nun von der Generalversammlung genehmigt. Das Aktienkapital ist jedoch nicht – wie vorher gemeldet worden war – auf 2 145 000 RM, sondern nur auf 2 115 000 RM erhöht worden. Die Generalversammlung ermächtigte die Verwaltung, 900 000 RM Obligationen mit mindestens 8% prozentiger Verzinsung auszugeben. Sie dienen zur Beschaffung neuer Betriebsmittel und zur Erfüllung von Verpflichtungen, die durch die Verschmelzung entstanden sind. Zu den Aufsichtsrat wurden gewählt: Dr. H. Arnhold, Dresden, Kommerzienrat Kurt Gretschel, Triptis, Kommerzienrat Dr. Töster, Rudolstadt, Justizrat Dr. Jos. Schmidt, Bamberg, und Stadtrat Dr. Johann Trüger, Dresden. Im laufenden Geschäftsjahr ist der Gesamtumsatz gestiegen. Der Umsatzbestand sichert normale Beschäftigung für mehrere Monate. Über die Preise wird geklagt.

Tettau.

Die Porzellansfabrik Tettau A.G. in Tettau läßt bekannt machen, daß sich der Geschäftsgang der Gesellschaft in dem vom 31. Dezember abgelaufenen Geschäftsjahr nicht ganz so günstig entwickelte wie im Vorjahr. Der augenblickliche Beschäftigungsgrad ist noch relativ befriedigend und der Kurzrückgang ihrer Aktien auf 117 Proz. sei in keiner Weise gerechtfertigt. Die Gesellschaft sei nach den momentanen Gewinnziffern in der Lage, für dieses Geschäftsjahr wieder eine Dividende in Höhe von 10 Proz. auszuschütten. Zur Vorsicht heißt es noch in der Nachricht, es sei natürlich nicht zu übersehen, was für einen Verlauf die nächsten Monate nehmen werden und ob man sich nicht eventuell unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse trotz günstiger Gewinnziffern zu einer Dividendenreduktion entschließen werde.

Selb.

Die Porzellansfabrik Philipp Rosenthal A.G. erwacht, daß wie im Vorjahr wieder 7 Proz. Dividende verteilt werden können. Die finanziellen Ergebnisse des laufenden Jahres dürften allerdings denen des Vorjahrs vielleicht nicht ganz entsprechen, da sich der Inlandsabsatz auch für die Qualitäts- und Luxusporzellane von Rosenthal etwas ungünstiger als 1928 gestaltet hat und die Schwierigkeiten im Export, auf dem ein wesentlicher Teil der Rosenthal-Umsätze entfällt, anbauen. Da im vorherigen Jahr die Abschreibungen ziemlich hoch waren und 100 000 RM einem neu gebildeten Exportförderungsfonds zugeteilt wurden, wird es im laufenden Geschäftsjahr möglich sein, auch bei kleinerem Gewinn 7 Proz. Dividende aufrechtzuhalten. Der Erwerb der Porzellansfabrik Arnold in Neustadt durch Rosenthal konnte ohne Kapitalerhöhung vorgenommen werden.

Triptis.

Die Porzellansfabrik Triptis A.G., die in diesem Jahre eine Umstellung ihrer Arbeitskräfte vorgenommen hat, wird wahrscheinlich wieder eine Dividende von 6 Proz. wie im Vorjahr verteilen. Von der Beschäftigung wird gemeldet, daß sie befriedigend war, daß das auch weiterhin so bleiben dürfte. Infolge der tschechischen Konkurrenz seien die Preise niedrig und würden die Gewinnergebnisse beeinflussen. Eine Dividendensteigerung sei deshalb vorläufig noch gar nicht möglich.



Gewerkschaftliche Ausbaubarkeit in den Industrien Steine und Erdem.

Wer Ende vorigen und Anfang dieses Jahres die Unternehmensblätter durchlas, hätte zu der Meinung kommen müssen, daß unsere Wirtschaft zum Erliegen käme, wenn auch noch ein wenig Lohnherhöhung erfolgen würde. Ja, es wurde die Meinung vertreten, daß bei den derzeitigen Löhnen die deutsche Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig bleiben könnte und ein Abbau der Löhne und sonstigen materiellen Arbeitsbedingungen erforderlich wäre.

Die Abbaupläne gingen von den Spiegelverbinden der deutschen Industrie aus und wurden von den bezirklichen und örtlichen Arbeitgeberverbänden eifrigst nachgebetet.

Auch die Unternehmer der Industrie sind ein und Gießerei. Diese Erledigungen auf Abbau der Löhne waren zu einem großen Teil recht ernsthaft gemeint, zum Teil waren sie aber bloße Wahnrede. Man rechnete in Unternehmerkreisen damit, daß die Arbeiterschaft gegen Abbau der noch äußerst geringen Löhne energisch zur Wehr stehen würde und zwar so wahrscheinlich, daß man wenigstens einen Stillstand in der Wirtschaftsentwicklung erreichen würde. Die Arbeitnehmer waren an der Lohnherhöhung, Wohl waren sie sich bewußt, daß die Entwicklung der Löhne nach oben kein allzu schnelles Tempo annehmen würde, dazu waren die Verhältnisse zu unsicher, doch waren sie der Meinung, daß eine weitere Erhöhung der Löhne unabdingbar sei und stellen rechtmäßig ihre Forderungen.

Wir standen bei den diesjährigen Lohn- und Tarifbewegungen weiterhin den ungünstigsten Verhältnissen gegenüber. Das waren in der Hauptfazette unter verschiedenen anderen auch die Reparationsverhandlungen. Die Unternehmer hatten es geschafft verstanden, die breite Öffentlichkeit gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft um weitere Lohnherhöhungen mobil zu machen. Dazu kam noch, daß die in verschiedenen Fachblättern ausgedrohte Hoffnung auf ein günstiges Jahr nicht in der Weise erfüllte, wie vorausgesagt und gehofft war.

In einigen Industriezweigen, die zum Ausbildungsbereich der Gruppe Keramik im Deutschen Reich gehörten, konnte von einer guten Konjunktur keine Rede sein. Weder in der Ziegel- und Industrie, welche die größte Anzahl Beschäftigte innerhalb der Industrie- und Erdem-Zweige war, noch in den übrigen Industriezweigen war der Geschäftsgang ein einheitlicher. Während in einigen Bezirken der Ziegelindustrie bei Aufhören der Frostperiode des letzten Winters Mongel an fertigen Steinen vorhanden war, wurde noch Mitte dieses Jahres aus einigen Ve-

arlern berichtet, daß Ablärmangel und große Vorräte auf den Plätzen vorhanden seien. Einige Betriebe, nachdem sie kaum zu arbeiten begonnen hatten, stellten die Produktion bald wieder ein.

Auch in der ferner festen und Steinzeugindustrie ist es so, daß verschiedene Verhältnisse vorgenommen wurden. Diese ungünstigen Verhältnisse haben auch bis jetzt angehalten. Das unter so ungünstigen Verhältnissen sich die Lohn- und Tarifbewegungen in den zur Gruppe Keramik gehörenden Industrien äußerten schwierig gestalten würden, war vorauszusehen. Wenn es trotzdem gelungen ist, die Lohn- und Tarifbewegungen in der Hauptfazette ohne große Kämpfe und Opfer zu Ende zu führen, so ist das der einzigen guten, geschlossenen Organisation zu danken. Streiks sind nur in ganz geringer Zahl mit wenig beteiligten Personen geführt worden. Die meisten Bewegungen konnten, wenn auch verschiedentlich unter Mithilfe der Schlichtungsinstanzen, auf friedlichem Wege zu einem einigermaßen gültigen Ende geführt werden. Was jetzt noch offen steht, sind entweder Betriebe oder Betriebszweige, die bisher noch unter keinem Tarifverhältnis standen, oder wo die wirtschaftlichen Verhältnisse so ungünstig waren, daß von der Durchführung der Forderung bis zur letzten Konsequenz abgesehen wurde.

Einige wenige Bewegungen, wo das vorhergehend Gesagte ebenfalls zutrifft und wo gleichzeitig die Organisation noch ziemlich schwach, oder die Beteiligten es vorgezogen hatten, der Organisation wieder den Rücken zu kehren, mussten ohne Erfolg abgeworfen werden. Es handelt sich aber dabei um einen ganz geringen Personenkreis.

Welchen Umfang die diesjährigen Lohnbewegungen hatten, kann man ersehen, wenn man die folgenden Zahlen betrachtet:

Mit Abschluß von Lohntarifverträgen sind bis jetzt 428 Betriebe und 258 Betriebe oder Firmenverträge. Die Betriebsverträge umfassen 3697 Betriebe mit 110 069 männlichen, 11 756 weiblichen, insgesamt 121 825 beschäftigten Personen. Von den Betriebsverträgen wurden 563 Betriebe mit 26 251 männlichen und 4159 weiblichen Personen erfasst. Unter Betriebs- oder Firmenverträgen fielen 268 Betriebe mit 21 282 männlichen, 4203 weiblichen, insgesamt 25 435 Personen. Unter Tarife, wo mehrere Industriezweige zusammen vereinigt sind, waren 7 mit 120 Betrieben, 5420 männlichen, 974 weiblichen, insgesamt 5494 Personen abgeschlossen.

Demnach sind also 428 Lohntarifbewegungen mit 4643 Beschäftigten Personen durch Abschluß von Lohntarifverträgen erledigt. Von diesen beschäftigten Personen waren circa 130 000 organisiert, davon rund 111 000 im Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, Gruppe Keramik, und 9000 waren in den anderen freien, rund 10 000 im christlichen und

einige Hundert in Hirsch-Dunderschen Verbänden organisiert. Ein großer Teil steht noch regeliger Organisation fern und erntet die Früchte mit, die andere mit Schlechtem und sonstigen Opfern errungen haben. Manche Lohnbewegung würde günstiger ausfallen sein, wenn ein größerer Prozentsatz der Beschäftigten organisiert gewesen wäre. Gegen 1928 ist für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands eine Zunahme von zirka 6000 zu verzeichnen. Angesichts des strengen Winters und der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit eine zwar bescheidene, aber begrüßenswerte Zunahme.

Von den Lohnhandlungen wurden 245 durch freie Vereinbarungen, 70 durch angenommene Schiedssprüche, 15 durch verbindlich erklärte Schiedssprüche, 56 durch Schlichter-Vereinbarungen und 42 durch Einigung vor Tarifantern oder Schlichtungsausschüssen usw. erledigt. Der größte Teil der abgeschlossenen Lohntarife ist auch in diesem Jahre wieder durch freie Vereinbarung zustandegekommen.

Die Unternehmer hatten fast durchweg bei allen Bewegungen das Bestreben, die Lohnsätze für mehrere Jahre abzuschließen, inwieweit sie darin Erfolg oder Niederlage zu verzeichnen haben, kann aus folgenden Zahlen ersehen werden:

Als auf weiteres, also jederzeit kündbar, sind 31, für die Kampagne 1929 sind 5 Tarife abgeschlossen, 2 laufen 30. Oktober 1929 und 16 im Dezember ab.

Im Jahre 1930 laufen ab: im Januar 7, Februar 12, März 28, April 62, Mai 32, Juni 28, Juli 27, August 12, September 28, Oktober 8, November 4, Dezember 19. Januar 1931: 5, März 1931: 10 und einer im Juni 1931.

In der ersten Hälfte 1930 läuft also der größere Teil, und zwar 303, in der zweiten Hälfte 1930 109 und in der ersten Hälfte 1931 16 Tarife ab.

Die abgeschlossene Spaltenlohnshöhe betrug als niedrigster Lohnsatz bei den Betriebsfacharbeitern 52 Pf., höchster 156 Pf., bei den ungelernten Arbeitern niedrigster 48 Pf., höchster 125 Pf., bei den Arbeitern niedrigster 30,5 Pf., niedrigster 86 Pf., höchster, bei den Handwerkern niedrigster 52 Pf., höchster 156 Pf. Geteilt in Bezirks-, Orts- und Werksverträge war das Verhältnis folgendermaßen: Bezirksverträge: Betriebsfacharbeiter niedrigster 56 Pf., höchster 156 Pf., ungelernte Arbeiter niedrigster 35 Pf., höchster 115 Pf., Arbeitern niedrigster 36 Pf., höchster 86 Pf., Handwerker niedrigster 66,5 Pf., höchster 156 Pf. Ortsverträge: Betriebsfacharbeiter niedrigster Lohnsatz 56 Pf., höchster 180 Pf., ungelernte Arbeiter niedrigster 51 Pf., höchster 125 Pf., Arbeitern niedrigster 30,5 Pf., höchster 86 Pf., Handwerker niedrigster 61 Pf., höchster Lohnsatz 139 Pf.

Werks- und Firmenverträge: Betriebsfacharbeiter niedrigster 52 Pf., höchster 120 Pf., ungelernte Arbeiter 48 Pf., niedrigster, 108 Pf., höchster, Arbeitern niedrigster 31 Pf., höchster 68 Pf., Handwerker niedrigster 52 Pf., höchster Lohnsatz 118 Pf.

Aus vorstehenden Zahlen kann man ersehen, daß zwischen niedrigen und hohen Löhnen noch ziemlich große Spannungen bestehen. Die niedrigsten Löhne werden meist in Gegenden gezahlt, wo es und für sich das allgemeine Lohnniveau noch ein äußerst niedriges ist. Die höchsten Löhne sind im Hamburger, Chemnitzer und Berliner Gebiet (Ortsstädten) zu verzeichnen. Berechnet nach Bezirks-, Orts- und Werksverträgen*) beträgt die durchschnittliche Lohn erhöhung in Preußen bei den Bezirkslohnverträgen für Betriebsfacharbeiter 5,17, ungelernte Arbeiter 5,16, Arbeitern 2,52, Handwerker 5,9. Bei Ortsstädten für Betriebsfacharbeiter 5,23, ungelernte Arbeiter 4,44, Arbeitern 3,26, Handwerker 5,1. Bei Werks- oder Firmenverträgen für Betriebsfacharbeiter 4,56, ungelernte Arbeiter 4,23, Arbeitern 3,0, Handwerker 5.

Mit den gemischt-gewerblichen Lohnverträgen insgesamt stellt sich das Verhältnis wie folgt: Betriebsfacharbeiter 5,14, ungelernte Arbeiter 4,33, Arbeitern 3,25, Handwerker 4,88.

Das Ziel der Unternehmer, keine Lohn erhöhung zu gewähren oder einem Abbau der Löhne vorzubringen, ist nicht erreicht. Auch der Abschluß auf mehrere Jahre ist nur bei einzelnen Verträgen erfolgt, und zwar fast durchweg nur bei Eingangsverträgen. Noch sind die Löhne nicht zu hoch, so in einzelnen Gegenden sind sie noch ziemlich aufbesserungsbedürftig. Es wird an der Arbeiterschaft der betr. Gegenden oder Industrien selbst liegen, ob eine weitere Höherentwicklung der niedrigen Löhne erfolgen kann oder nicht. Sorgen sie dafür, daß die noch fernstehende Schicht der Arbeiterschaft in nächster Zeit der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, zugeführt wird, dann wird es diesem auch möglich sein, die Löhne so zu gestalten, daß damit auch ein menschentwürdiges Leben möglich ist. Darauf braucht die Arbeiterschaft aber auch nicht bang zu sein, wenn die Unternehmer auch noch soviel vom dem Untergang der Wirtschaft reden, wenn sie von den Profiteuren auch einige Pfennige an den Teil abgeben soll, auf dessen Schultern die größten Lasten ruhen.

Über die in den einzelnen Industrien erfolgten Lohnbewegungen und die Gestaltung der Löhne, sowie Manteltarifbewegungen soll in weiteren Artikeln berichtet werden.

*) In der Gesamtzahl erscheint die durchschnittliche Lohn erhöhung niedriger, weil bei der Berechnung nach einzelnen Industriewegeien eine einzige hohe Zahl das Ergebnis empor schnellen läßt.

Grobkeramische Konferenz in Hannover.

Am 31. Oktober 1929 kam die Branchenleitung der Grobkeramik und die die Grobkeramik bearbeitenden Gauleiter sowie einige Kollegen des Hauptvorstandes zu einer Konferenz in Hannover zusammen, die folgende Tagesordnung erledigte:

1. Stellungnahme zu den kommenden Verhandlungen in der Betonwarenindustrie.
2. Die zukünftige Tarifbewegung in der Ziegelindustrie:
 - a) Ist die Zusammenfassung der Tarife möglich?
 - b) Welcher Ablauftermin soll erstrebt werden?
3. Die Tarifbewegung in der Zementindustrie.
4. Untere Beteiligung an der Bauausstellung 1931/5.
5. Verschiedenes:
 - a) Ist die Ablöseregelung zweckmäßiger im Mantel- oder Rohrvertrag?
 - b) Mängel der Statistik für Wandergiebler.
 - c) Auswirkung des Kartellsvertrages mit den Metall arbeitern auf Zementbetrieben.

Die Stellungnahme zu den kommenden Verhandlungen in der Betonwarenindustrie behandelte der Kollege Elsner. Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß einige Tarife die Rückbildung des Reichsttarifvertrages für die Betonindustrie verlangt haben. Die Mehrzahl der Fälle ist jedoch mit der Branchenleitung gegen eine Rückbildung aus ganz bestimmten Gründen. Die Erfahrungen haben gelehrt, den Vertrag nicht zu kündigen, aber Änderungen von Bestimmungen mit Hilfe der Gegenpartei vorzunehmen, die den Wünschen der Betonarbeiter Rechnung tragen. Auf den Änderungen lag ein ziemlich großer Wunschkettel vor, der sich aus den Tarifabschreinungen der letzten Jahre ergab, aber es muß den Verhandlungen überlassen bleiben, direkt zu ziehen, was möglich ist. In der Aussprache wurden auch noch verschiedene Wünsche vorgebracht und daraus hingewiesen, den Tarif zu kündigen. Aber in der Mehrzahl waren sich die Versammelten einig, den von der Branchenleitung vorgeschlagenen Weg - Änderungen ohne Tarifkündigung vorzunehmen.

Die zukünftige Tarifbewegung in der Ziegelindustrie erörterte der Kollege Elsner in einem eingehenden Bericht. Kollege Elsner verneinte daran, daß die Vereinheitlichung der

Tarife in der Ziegelindustrie unbedingt in Angriff genommen werden müsse. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der Ziegelindustrie bedingen eine Änderung und eine Vereinheitlichung. Gegenwärtig haben wir in der Arbeitszeit Tarifbestimmungen, wonach die tägliche Arbeitszeit 48 mal und die wöchentliche 19 mal geregelt ist. Eine 8 bzw. 48 stündige Arbeitszeit, d. h. wo die Arbeitszeit ohne Rüttimung nicht verlängert werden darf, ist in 27 Tarifen festgelegt. In 5 Tarifen ist die Arbeitszeit bis zu 9 Stunden täglich nach Arbeitsrecht bestimmt, und in einem Tarif bis zu 10 Stunden. Eine unterschiedliche Arbeitszeit von noch langer Dauer als 48 Stunden gibt es noch in einer Anzahl anderer Tarife. Die Zusätze für Überstunden sind auch sehr unterschiedlich in den bestehenden Tarifverträgen für die Ziegelindustrie festgelegt. Auch da ist keine Einheit vorhanden. Der Urlaub ist ebenfalls sehr unterschiedlich im Tarif gestaltet. Auch hier muß nach einheitlichen Bestimmungen gestrebt werden. Der Kampagnenurlaub ist in 50 Verträgen geregelt, dagegen in 29 Tarifverträgen steht nichts von Kampagnenurlaub. Auch sonst sind in den Tarifen der Ziegelindustrie noch uneinheitliche Bestimmungen, die eine Änderung erheischen. Wenn wir jetzt die Einheitlichkeit in den Tarifen der Ziegelindustrie erstreben, so werden dennoch Monate benötigt, um Ziel und Richtung herauszuhämmern und um eine Plattform für die Zusammenfassung zu finden. Diese und andere Punkte sind deshalb bei der Aussprache zu berücksichtigen. Die Branchenleitung hält es für angebracht, in allen Säulen die Vorbereitungen in der Ziegelindustrie so zu treffen, daß daraus eine Einheitlichkeit sich allmählich gestaltet.

In der Aussprache wurden alle die Schwierigkeiten, die einer Vereinheitlichung der Tarifgestaltung in der Ziegelindustrie gegenüberstehen, vorgebracht. Die Vorschläge zu dieser Sache gingen darauf hinaus, daß wohl alle Kollegen mit der Branchenleitung in der Frage der Vereinheitlichung einig sind, daß aber erst die vielen Schwierigkeiten beseitigt werden müssen, die dem noch entgegenstehen. Die Verhältnisse in der Ziegelindustrie seien eben aus den verschiedensten Gründen anders als in anderen Industrien. Deshalb müsse die ganze Frage mit einer gewissen Fakten, aber auch mit großer Energie behandelt werden.

Der Kollege Elsner ging in seinem Schluswort auf die gemachten Einwände ein und brachte zum Ausdruck, daß die Branchenleitung in Ermangelung der Tarifverträge verneine. Doch die Anträge und Ratschläge aus den organisierten Zieglerkreisen seien so groß, daß direkte Rechnung getragen werden müßten. Als die Ziegler noch nicht so einheitlich organisiert waren, war es noch nicht möglich, einen Reichsttarif für die Branche abzuschließen. Nun aber, wo 70 000 Ziegler ihre Vertretung im keramischen Bund seien, sei der Zusatz nicht mehr möglich, eine so große Anzahl von Manteltarifen zu haben. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Arbeitgeber dahin zu bringen, daß sie zentral mit uns verhandeln und den bestehenden ungleichlichen Zuständen ein Ende bereitet wird. Bei festem Willen dürfte es nun möglich sein, den berechtigten Wünschen der Zieglerseite zu entsprechen.

Die Verhandlungen in diesem Punkt wurden in einer Resolution zusammengefaßt.

Die Tarifbewegung in der Zementindustrie war ein Tagesordnungspunkt, den der Kollege Rabbe mit einem Referat einleitete. Von ihm wurden die Verhandlungen, die bisher in bezug auf eine Vereinheitlichung der Tarife in der Zementindustrie geführt wurden, dargestellt. In einer Anzahl von Bezirken und Werken war es möglich, Tarifverträge abzuschließen, die einen gemeinsamen Wortlaut und damit gemeinsame Bestimmungen haben. Bei einem Teil allerdings führt das Bestreben noch nicht zum Ziel, aber man darf in solchen Dingen das Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Die bestehenden Schwierigkeiten müssen eben überwunden werden. Im kommenden Jahre laufen wieder eine Anzahl Tarife ab, bei denen einheitliche Bestimmungen durchzuführen sind. Jetzt schon werden die für die Tarifverträge verantwortlichen Kollegen darauf hingewiesen, daß die Vorarbeiten in dieser Richtung geleistet werden müssen, denn auch in der Zementindustrie ist es notwendig und möglich, zu einer einheitlichen Tarife zu kommen. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Kollege Rabbe die gegenwärtigen Bestrebungen der Zementindustriellen auf Zusammenschluß. Wenn die Zementindustriellen ihre wirtschaftliche Kraft immer mehr zusammenballen, so hat auch die Zementarbeiterchaft die Verpflichtung, in gleicher Weise zu handeln und ihre wirtschaftlichen Organisationen auszubauen. Um Anschluß hieran behandelte Kollege Rabbe noch die Bestrebungen der Branchenleitung, die zum Erfolg der Verordnung zu § 7 der Arbeitszeitnotverordnung vom 26. März 1929 führten, und die mangelhafte Durchführung dieser Verordnung seitens der Gewerbeaufsichtsbehörden.

Die Aussprache zu diesem Punkt ergab die Zustimmung der vertretenen Gremien.

Man muß auch in diesem Punkte er-

freulicherweise sagen, daß die schwierigen Umstände berücksichtigt wurden, und daß das Betreiben, in den grobkeramischen Industrien zu einheitlichen Tarifen zu kommen, mehr und mehr sich durchsetzt und überzeugend findet. Vieles wird bei der Durchsetzung vom tatsächlichen Handeln und vor allen Dingen auch von der organisatorischen Kraft der in den Industrien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abhängen. Die Arbeiterschaft der grobkeramischen Industrie muss mehr und mehr zu der Überzeugung kommen, daß die Organisation nur die Macht auszuüben vermag, die ihr die Arbeiter geben.

Der Beteiligung an der Bauausstellung in Berlin im Jahre 1930 wurde grundsätzlich zugestimmt und weitgehende Unterstützung seitens der Kurejenden zur Ausgestaltung zugesagt. Abschließende Verhandlungen werden noch geführt.

Neben die Art der Ablöseregelung im Mantel- oder Lohnvertrag fand eine eingehende Aussprache statt. Allgemein kam zum Ausdruck, daß es angebracht ist, die Ablöseregelung im Mantelvertrag vorzunehmen; das Prinzip bei der Lohnregelung muss jedoch der Stundenlohn sein. Diese sehr wichtige Frage wird weiterhin noch eingehend erörtert werden müssen, damit sie zum Nutzen der Kollegen bereitgestellt wird.

Es stand dann noch eine Aussprache über die Mängel der statistischen Erfassung der Wandergiebler statt. Verschiedenen Anregungen, die es ermöglichen, eine bessere statistische Erfassung der Wandergiebler herzuführen, soll nachgegangen werden.

Zum Schluß wurde der Kartellvertrag mit dem Metallarbeiterverband in seinen wichtigsten Bestimmungen noch erläutert.

Die Oppelner Zementwerke entlassen ihre Belegschaft.

Die Oppelner Zementindustriellen beweisen mit der Stilllegung des Zementwerks in Oppeln III, die Ende November eintritt, wie wenig soziales Empfinden sie ihrer Arbeiterschaft entgegenbringen. Sie geben an, keinen Absatz zu haben und daß die Bauposition nachgelassen hat, deshalb werden die Werke stillgelegt — und du, Arbeiter, sitz zu und stelle dich nach der Decke, wenn du kannst. Mit der Stilllegung dieses Werkes ist es aber nicht genau, es sollen noch zwei Werke, die „Silesia“ und das Werk in Neudorf, und ferner die Eisengießerei in Göschwitz geschlossen werden.

Während noch vor zwei Jahren sieben Zementwerke bei Winter über in Betrieb waren, wird in diesem Jahr nur das Werk in Göschwitz produzieren. Mit dieser Maßnahme wird nicht nur die Arbeiterschaft weiter ins Elend gesetzt, sondern auch die Kommunen werden mit Besorgnis der Zeit entgegensehen, in der sich die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Zementarbeiter wegen Bettwaltung von Armenunterstützung einfinden werden. Die Krisenfürsorge ist vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Schlesien nicht zugelassen worden, so daß die Not unter den vielen Zementarbeitern eher eintreten wird. Sie wird noch größer dadurch, weil sich für den Arbeitslosen von Oppeln und Umgegend keine andere Beschäftigungsmöglichkeit bietet. Dieser Grund mag ausschlaggebend sein, daß auch für die Zementarbeiter, die Jahrzehntelang beschäftigt waren, die Krisenfürsorge in Anwendung kommt.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Zementarbeiter mit ihren Werksgemeinschaften, ein Muster ihrer Gewalttheorie darstellen. Die Stilllegung von drei Werken gibt uns Veranlassung, mit Besorgnis die kommenden Monate abzuwarten. Wir wissen, daß die Stilllegung der Zementindustrie mehr politischer Natur ist und daß sie danach trachtet, sich ihre Existenz recht lange zu erhalten, indem ihr ein großes Heer von Arbeitssuchenden zur Verfügung steht. Das wird uns aber nicht verlassen, in unserem Existenzkampf zu erleben, sondern, je deutlicher der Kapitalismus zeigt wohin er will, um so mehr Grund haben wir, an Hand von Tatsachen den noch unaufgeklärten Arbeitern und Arbeiterinnen den richtigen Weg aus ihrem Elend zu zeigen.

Erl. P.

Bau einer Zementsfabrik.

Die Green Island Cement Company Ltd. hat der Firma Bicker & Armstrong in Borrow in Furness einen Auftrag auf Lieferung und Errichtung einer Zementsfabrik in der Nähe von Alness, Südwales, gegeben. Das Werk wird 1000 Td. wöchentlich leisten können.

Berichtigung.

In dem Artikel Kast- und Zementindustrie auf Seite 255 des „E. B.“ muß es in der sechsten Zeile im unteren Mantelstrich 1763 und nicht 763 heißen.

Breitenstein.

Die Erwerbslosenunterstützung wird jeden Freitag von 1—4 Uhr im Lokal Volle ausgezahlt. Jedes Mitglied hat sich genau an die vorgegebene Zeit zu halten, andernfalls wird die Unterstützung erst die darauffolgende Woche ausgeteilt.

Die Verwaltung.

Heiligenstadt (Eichsfeld).

Die Zieglerkollegen vom Eichsfeld werden darauf verwiesen, daß der Kollege Nikolaus Schneider jetzt Heiligenstadt, Eichsfeldgrund Nr. 3, wohnt.

Arbeitsmarkt.

Glasfabrik in Weißwasser sucht zum baldigen Antritt einen perfekten Schleifglasmaschinen. Wohnung vorhanden. Angebote erbeten an die Arbeitsamtsebene Weißwasser. (166)

Besuch werden zwei Gehilfen für Medizinglas und Glashilfen für sofort oder in 14 Tagen. Diejenigen müssen eingetragen sein im Vorstreichen und Meilen. Für Kast- und Vogel ist gesorgt. Angebote sind zu richten an: Ernst Vogel, Arbeitsnachweis, Mühlau (Schl.), Glasbäckerei I (167)

Eine komplette Werkstatt auf Medizinglas, Eisgläsern, Kl. Pubergläser und Italißgläsern, gut ausgearbeitet, sucht Stellung zum baldigen Antritt. Ernst Vogel, Arbeitsnachweis, Mühlau (Schl.), Glasbäckerei I.

Verheirateter Glasmaschinen auf Akkumulatoren und Prismen sucht alsbald Stellung. Wohnung erwünscht. Angebote an Gewerbeschreibbüro in Penzig D.-L. Langnauer Straße 35.

Junger Dreher, gebürtig in Kreis, Ab- und Enddreher von technischen Arbeiten, an exakten Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Angeb. unter „E. 101“ an „Keramischer Band“ erbeten.

Junger Dreher, bewandert im Dreieck, Ab- und Enddreher von technischen Arbeiten, an exakten Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Angeb. unter „E. 102“ an „Keramischer Band“ erwünscht.

Junger verheirateter Abholerer, welcher auch eine Abholerei selbständig zu leiten versteht, sucht sofort Stellung zu arbeitendem Betrieb. Angebote mit Wohnung an „Keramischer Band“ unter „E. 107“ erwünscht.

25 Jahre Verbandsangestellter.

Der Kollege Wiesenhütter legt Werk darauf, mitzuteilen, daß er bereits seit Oktober 1893 der Partei als aktives Mitglied angehört und nicht erst seit 1896.

Ausschüsse.

Angegliederten wurde auf Grund des § 14, Ziffer 3 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zabstelle Hammburg, Hermann Wiesenhütter, Mitglied Nr. S II 199618.

UNTERHALTUNG / WISSEN

Um das Kind.

Bon Friedrich Karl Kellermann.

(Nachdruck verboten.)

(7. Fortsetzung.)

Diese Kameradschaft fesselte sie jetzt enger aneinander als je. Sie trennten sich kaum für eine Stunde des Tages. Wie in tiefer Eröfning durchschlummerten sie die Nacht.

Über ihre Schwächeanwändungen, die Ankündigungen der Mutterchaft kamen wieder, wurden häufiger und räubten Hella oft Ruhe und Schlaf. Es bedeutete für sie jedesmal ein jähres Erwachen, inniges Glück wie qualenden Schmerz.

Von Loo bemerkte mit Besorgnis die Schwächezustände, er schrie sie der Überanstrengung zu und mahnte lieblich ernst zu Schonung und Ruhe. Er schickte Hella oft heim, wenn sie noch stundenlanger Tätigkeit im Laboratorium erbleichend zusammenfiel. Schließlich bat er sie, für eine kurze Zeit wenigstens sich Erholung zu gönnen.

Hella musste diesem Rat wohl oder übel folgen, ihre Körperliche Verfassung forderte gebieterisch ihr Recht. Von dem wahren Sachverhalt ahnte von Leo nichts.

Um so aufmerksamer beobachtete sie Aline, die bald erraten hatte, worum es sich handelte. Mit verdoppelter Behutsamkeit und Umsicht machte sie sich um sie zu schaffen, der Leidenden jede Beauftragung durch den Haushalt abnehmend.

Hella ließ sich diese Art liebevoller Fürsorge gern gefallen, sie war es längst von Aline gewöhnt, mit besonderem Zartgefühl behandelt, in ihren häuslichen Übungenheiten unterstützt, in allem behutsam zu werden.

Doch die Natur der Dinge brachte es mit sich, daß Alines nach bestimmter Richtung sich fundgebende Sorgfalt und Rücksicht, daß ihre zwar nicht vorsätzlich ausgedrohten, aber oft unwillkürlich herabtretenden Hinweise und Andeutungen Hella darüber nicht im unklaren ließen, wie diese Frau ihren Zustand beurteilte.

Hella war verzweifelt. Wohin sollte dies alles führen? Es konnte nun nicht lange mehr verborgen bleiben, wie es um sie stand.

Es gab kein Ausweichen mehr. Die Stunde der Entscheidung rückte näher und näher. Nun schrieb sie an Eic und legte den unvollendeten Brief doch wieder beiseite.

Sie dachte an eine Reise, an einen längeren Erholungsauenthalt irgendwo in einem verwunschenen Dörfchen tief im Bergwald, sie dachte daran wie an eine Flucht. Aber das starke Interesse an dem Fortgang der gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmung, an der sie selbst einen so herausragenden Anteil hatte, hielt sie zurück.

Sie dachte mit diesem Bangen an die nun kommende Zeit, sie dachte an ihren Tod. Zuweilen überfiel sie eine Ahnung von der Gewißheit eines frühen Endes. In solchen Augenblicken empfand sie eine erhabene Ruhe und Gleichgültigkeit allem gegenüber, was sie sonst mit Glück und Entzücken, mit Sorge und Verzweiflung erfüllte. Sie würde einem Kinder das Leben geben und selbst dabei zugrunde gehen.

Und es wäre gut so, ihre höchste Lebensaufgabe war dann erfüllt. Alles andere Sterben war eitel.

Doch dann kamen auch wieder Stunden einer schaftigen, jubelnden Lebenshoffnung, eines unbesieglichen, unersättlichen Dranges, zu wirken, zu müssen, zu sein. Mußt klug heraus, der große allgemeine Rhythmus des Werdens.

Gestalt Melodie vom Himmel geführt.

Und holt allein,

Wist elend nur,

Sie suchte verzweifelt immer wieder nach einem Ausweg und fand ihn nicht. Und doch mußte zum endlich gehandelt, der Versuch einer Lösung gemacht, die Krise überwunden werden. Um Leben und Tod ging es hier.

Aline?

Sie bewahrte den Gedanken, kaum daß sie ihn erwogen. Doch er fehlte wieder und wieder. Es war die einzige, die lechte Möglichkeit.

Kontakte Aline Mittlerin seien?

Sie überlegte lange, doch ihr ward kein Trost.

XX.

Endlich an einem kühlen, regnerischen Nachmittag im Beginn des Juni kam Aline behutsam auf das Themas zu sprechen, während ihre liebigen Sänger unermüdlich an einer Handarbeit arbeiteten.

Hella blickte von ihrem Sessel am Fenster, wo sie die Zeitung las, gerissen empor. Sie hatte eben die Nachricht gelesen, daß Eic in den Reichstag gewählt sei. Eine flut neuer Gedanken durchströmte ihre Seele.

Aline sprach mit ihrer leisen Stimme fort, die zu Hella wie aus weiter Ferne herüberklang. Sie erziehte den Sinn nicht, sondern erhob sich, um Karl Eic mit ein paar Worten ihren Glückwünsch zu übermitteln. Als sie zurückkehrte, sah Aline noch immer tier über die Arbeit gehängt.

Hella nahm ihren Platz ein und blickte zum Fenster hinaus. Sie sah nur den Regen, der einstöckig herabstremte. Aline begann das Gespräch von neuem, teilte unverzüglich zu der Frage hin, die sie bewegte. Ein neuer Reich entsprang dem Sturm der von Leo, das einzige, welches die Familie fortsetzen würde.

Hella wurde sich erregt um, eine leise Röte überflammt die Amlia. Sie sah die dritte, herkommene Frau glücklich lächeln.

Was kommt sie ihr antworten, ihr sagen? Sie fand kein Wort.

Doch die Schrägerin kann ihre Gedanken verloren haben. Es fanden terroristische Träume nach dem Zeitpunkt, zu dem Ereignis zu erwartet sei, die Blicke darüber nach Bremen berichten zu dürfen, und ein leiser, spöttisches Lachen erklang über den Brüder, diesen gerrennen Professor, der vor dem offiziösen Güte-

Geiste weinte verzweifelt ob, nichts sei gewiß, das alles lage sich in weiter, unbekannter Ferne.

In welcher Lage lebte sie? So wie sie endlich dieses Geheimnis erriet, Ihre Erregung war aus.

Aline tröstete und beruhigte sie, bei bevorstehender ihrer zentralen Träume war Verzerrung. Ihre ungewöhnlichen Augen waren ratlos umher. Sie verstand sie ihr Ungemach, diese ungewöhnliche Situation verständig zu haben.

„Ja diesem Ausmaß ist von Leo ein.“

„Herrn Hella!“ rief er rasch, „das Werk ist vollendet.“ Und mit großer Eifer berichtete er von dem eben erfolgten Erfolg der großen gesetzefähigen Arbeit.

Er sprach viel und lange. Erklärte die leise Phäse der Erziehung, das völlig glückliche Experiment und bezahlte sich mit dem Schwerpunkt die Bedeutung der neuen Erkenntnis klarzumachen. Er war so erfüllt von diesen Dingen, daß er Hella erneut zum Gewissen rief, ihre zitternde Erregung tat freudige Freude.

Sie steht es nicht länger aus, fand den Strom ihrer Träume nicht mehr zuhalten. Lautes Weinen erschütterte sie. Überdröft hieß das Leo in seinem Redestrom neue. Dieser trug Erbreich herbei ihr. Empfand Hella so heftig das Gefühl des Gefangen? Nein, das war mehr als gut tat, fröhliche Heiterkeit.

Verlag: Hermann Grünig; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Meissner; beide Charlottenburg, Große Straße 2-5.

Bejogt trat er zu ihr, bernigende Worte stammelnd, umfaßte er sie zart.

Doch sie ertrug seine Nähe nicht und riß sich los. Schluchzend eilte sie aus dem Zimmer.

Von Loo wollte ihr begütigend folgen, doch Aline hielt ihn zurück. Flüstern unterrichtete sie ihn von dem Vorgegangenen...

Hella hatte sich in ihr Zimmer eingeschlossen, packte eilig ihre Sachen zu, verschloß Tasche und Koffer und bereitete alles für ihre Abreise vor. Noch heute wollte sie fort.

Es kloppte mehrmals an der Tür, sie hörte von Loo bittende Stimme, doch sie öffnete nicht.

Es war ihr unmöglich, dem Manne jetzt gegenüberzutreten, dessen Habs sie verlassen mußte. Sie würde ihm schreiben, die Gründe ihrer Handlungsweise in aller Ruhe auseinanderzusetzen — zu einer mündlichen Erörterung der Angelegenheit fühlte sie sich außerstande.

Die Trennung war unvermeidlich, ihre Ehe mußte gelöst werden; soviel stand fest. Es gab keinen anderen Ausweg.

Sie atmete erleichtert auf, daß sie endlich den Entschluß zum Handeln fand. Nun war alles gut.

Ein Blick auf die Uhr überzeugte sie, daß ihr noch mehrere Stunden Zeit blieben. So konnte sie noch mancherlei ordnen und über dies und jenes Bestimmung hinterlassen. Selbst zum Briefeschreiben hätte sie noch Muße.

Sie setzte sich an den Schreibtisch und begann eine kurze Darlegung für van Loo. Mühl, leidenschaftslos bekannte sie ihr Fach und Verlauf der Krise. Es war eine erste, vorläufige Rechtfertigung, später, von ihrem ruhigen, sicherem Style aus, würde sie ausführlicher alle Umstände klarstellen, die zu dem unheilvollen Konflikt geführt hatten.

Als sie geendet und das Gesichtere noch einmal überlesen, stieg eine eigenartige Erfahrung vor ihr auf: Sie trennte sich an demselben Tage von van Loo, an dem ihr wissenschaftliches Verbündete endgültig besiegt war. Die längst vorbereitete, während kurz zu erwartende Veröffentlichung ihrer gemeinsamen Arbeit würde die Namen Hella Scherle von Loo ungetrenntlich in alle Welt hinaustragen, dieses Geisteskind trug die Namen seiner rechtmäßigen Eltern.

Nun gut, dachte sie tiefer, das Werk ist getan, und ich will meinen Anteil daran nicht verleugnen. Ehrlich will ich nun auch das andere tun.

Sie zog einen anderen Brief aus der Tasche, den sie vor zwei Wochen niedergeschrieben, aber nicht abgelebt hatte: Nachrichten an Karl Eic. Sie sah, daß der Inhalt durch die Ergebnisse überholt war, dennoch entzückt sie sich, den Brief fortzuführen, nachdem sie ihn mit einer kurzen erklärenden Nachricht versehen.

Als alles vollendet war, zögerte sie vorsichtig die Tür und holte das Mädchen. Einige Besorgnisse mißten erledigt und die Koffer zur Bahn gebracht werden.

Sie wunderte sich über die Ruhe im Hause, niemand begegnete ihr. Auf ihre Frage berichtete das Mädchen, van Loo und Aline seien fortgegangen, auf einen kurzen Spaziergang, wollten aber in einer halben Stunde schon wieder zurück sein.

Nun trieb Hella zur Eile an, machte sich reisefertig und verließ mit dem Mädchen das Haus.

Der Regen hatte aufgehört, es war ein fröhler, bessler, ruhiger Abend mit blühenden Sternen. Mit tiefen Augen atmete Hella die reine, frische Luft und blickte zum Himmel empor.

Einen Augenblick stand sie still, als warte sie auf ein Zeichen. Eine Sternschnuppe fiel.

Da wandte sie sich und ging, blickte nicht zurück. Ihr Entschluß war unwiderstehlich.

XVI.

Inzwischen lebte Karl Eic in Sorge und unruhiger Erwartung. Der Mai verlor und die erste Hälfte des Juni, ohne daß Hella von sich hören ließ.

Es war die Zeit der Reichstagswahl. Eic, der mitten im tosenden Wahlkampf stand, denn er war von seiner Partei

als Spitzenkandidat aufgestellt und konkurrierte im heimatlichen Wahlkreis schäf mit einem aussichtsreichen Gegner von rechts, arbeitete sieberhaft, reiste, hielt Wahlrede, war vom Morgen bis in die späte Nacht unterwegs und fand kaum eine ruhige Stunde.

Dennoch verlich ihn der Gedanke an Hella keinen Augenblick. Nur allen Regen begleitete ihn ihr Bild, hörte er ihre Stimme, fühlte er sich vom Hauch ihres Wesens gefördert und angezogen. Mitten im Gespräch mit politischen Freunden, während einer Rede, einer Auseinandersetzung durchzuckte ihn das stetze Gefühl seines innigen Verbündetens mit ihr.

Und jedesmal, wenn er in seine Wohnung zurückkehrte, hörte er einen Brief, irgendein Lebenszeichen von ihr oder sie selbst vorzufinden — immer vergleichbar.

Er wurde ungeduldig, als die Zeit vorran, ohne daß er erfuhr, was Hella unternehmen und wieweit ihre Sache gediehen sei. Selbst an sie zu schreiben, hatte er lange gescheut, nun tat er es endlich doch, gegen ihre Verabredung, von Besorgnis und Unruhe getrieben.

Doch die Tage, die Wochen vergingen, und es kam keine Antwort.

Mittlerweile war der große Wahltag erschienen, der für seine politische Laufbahn die Entscheidung, ihm das heit umstrittene Mandat brachte. Der Kampf war gewonnen.

Als er kurz darauf nach Berlin zurückkehrte, sandt er das Telegramm Hella vor, das ihm zu dem errungenen Sieg herzlich beglückwünschte und einen beladen Brief anlindigte.

Seine Spannung löste sich und wuchs gleicherweise. Denn es vergingen noch Tage, ehe er das ungeduldig ersehnte Schreiben in Händen hielt.

Was sie schrieb, bestätigte seinen Verdacht: es war in der Sache eigentlich nichts geschehen, nichts Entscheidendes unternommen. Obwohl es in dem Briefe nicht zum Ausdruck kam, vermutete er mit Bestimmtheit, daß van Loo die Trennung abgelehnt habe, denn Hella schrieb, daß ein gewaltiges Handeln ihr Zustand verbiete, sie fürchte für das Kind. Den anderen Einwand, sie stünde gerade jetzt in ihrer wissenschaftlichen Doctorarbeit vor wichtigen Resultaten, könne sie unmöglich unterbrechen usw., betrachtete er als Ausrede.

Und dann war da eine ganz rotschwarze Nachschrift, die von ihrer Abreise, ihrer Flucht sprach, von ihrem endlich gefassten Entschluß, den gordischen Knoten zu durchschneiden.

War diese Absicht bereits Tat geworden — oder war es bei der Absicht geblieben? Nach der ganzen Fassung des Briefes, der Ureinschiedenheit und wehleidigen Stimmung, die ihm daraus entgegenschrie, vermutete er steiflich das letztere.

Alles in allem, so empfand er, ein ängstliches, verlegenes Drumherumgerede, ein Ausweichen, in seiges Hinanziehen.

Nun, er war seineswegs gewillt, diese Hinanziehung hinzunehmen, dieje Verkleppung zu drücken, er betrachtete es als seine dringende Pflicht, so rasch wie möglich die unvermeidliche Entscheidung herbeizuführen. Es war mehrlich keine Zeit mehr zu verlieren.

Einige Tage noch wartete er. Vergeblich.

Dann schrieb er an van Loo. Ausführlich lebte er die Sachlage auseinander, eröffnete ihm mit diesem offenen Ernst seinen Standpunkt und stellte ihn ultimativ vor die Entscheidung.

Nach wenigen Tagen kam Hella mit einer Sachlage aus dem Briefe, daß nach van Loo's Erbegriffen dieser Konflikt nur durch einen Zweikampf zu lösen sei und zweitens, daß er umgehenden Beiseid erwarte, wie der Herr Reichstagsabgeordnete sich zu dieser Forderung stelle.

Karl Eic lachte auf. Nun, so einfach lag die Sache denn doch nicht. So leicht kann war das Spiel nicht zu gewinnen.

Doch wie stellte sich Hella zu alledem?

Kurze Zeit wartete er noch, aber es kam keine Nachricht von ihr, kein Zeichen.

Gut: so würde er also handeln — er wußte genau, was er zu tun hatte!

(Fortschung folgt.)

Gewerkschaftliche Bildung und gewerkschaftliche Praxis.

In einem gewerkschaftlichen Bildungskursus, den der Beirat des ADGB veranstaltet hatte, wurde ein Nachmittag gewerkschaftlicher Ethik gewidmet. Der Nachmittag lag in der Mitte der Woche, und so bediente er mittwoch im Grabecken der vorgelesenen wissenschaftlichen Materialien eine Bekämpfung auf den Sinn, den diese ganze gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat.

Es war etwas Neues, dem ersten Ringen um gewerkschaftliche Errichtung und sozialen Notwendigkeiten in einem Bildungskursus Stunden einer Ethik des Kampfes einzufügen, aber der Versuch läßt vermuten, daß ein Kursus an nachhaltigen produktiven Werten gewinnt, wenn der Teilnehmer auch die Verbündung nicht zwischen dem Erfaschen und Erklären, zwischen dem wirtschaftlichen Netzwerker und dem Menschlichen.

Es wurden rein gewerkschaftliche Ideen in dieser ethischen Stunde behandelt: Rationalisierung und Arbeitsfreude, gewerkschaftliches Schöpfen und sozialistische Verzehrungswert. Daraus folgt: Rationalisierung der Wirtschaft, solidarisches Kämpfen und gewerkschaftliche Tugendarbeit, und alles zu Lasten der Leidenden und der Menschlichkeit.

Die Teilnehmer erlebten den frischen und geistigen Sinn der sozialistischen Verantwortlichkeit und wie von selber wurde aus der Arbeitsgemeinschaft heraus die Verbindung zwischen der Kultur und dem Kampf, und es kam zu einem Erstaunen eines gewerkschaftlichen Kulturrings, zu einem Erstaunen, daß zugleich das Panorama des einzelnen soziale und die menschliche Größe eines gewerkschaftlichen Kämpfers föhren ließ.

Es waren Stunden gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit, die sich durch die kontinuierliche Auswirkung seltsame an die Bewegung. Denn es ist ja so, wie man auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Düsseldorf lagte, daß die Demokratie der Wirtschaft einen enormen Grad von Gemeinsinn zur Voraussetzung hat. Aber wir behaupten nicht, wie die Fabrikarbeiter in Düsseldorf es getan haben, daß der Volke eine eisige Kraft nicht ungewohnt.“

Die Ethik des Käufers hat sich in solidarischen Kämpfen, sozialistischen Kämpfen in dem Käufers des II. Beirats beweist, daß dieses Verlangen nach Errichtung wirtschaftlicher Komplexes, sozialistisch leichten Landes aus einem ethischen Wollen des Rechts und der Freiheit hergestellt und daß unsere „Erziehungsangebote“, die schon in der Gegenwart in Arbeit genommen werden müssen“, wie Theodor Leipart knallig rief, das diese Erziehungsangebote sich auch aufwendig in einer Demokratisierung der Wirtschaft praktisch anstreift, weil sie von wirtschaftlich extremen und gewerkschaftlich durchboreten Menschen getragen wird.

Dr. Gustav Hößmann.

Wurst wider Wurst.*)